

Brühler Zeitung

Anzeigenpreis für 1 mm Höhe 6 Wfg. Reklamen 25 Wfg. Für auswärtige und amtliche Anzeigen 10 Wfg. — Reklamen 30 Wfg. — Beilagen pro Tag und 20 Wfg. Bei zwangsweiser Verbreitung oder Konturs ist jeder Rabatt bündig. — Platzverordnungen unverbindlich.

Brühler Volksblatt. Brühler Tageblatt. Brühler Volkszeitung
Amtsblatt der Stadt Brühl
Postfachkonto Köln 12742 — — — Fernsprecher 108

Bezugspreis. Durch den Boten frei ins Haus oder durch die Post monatlich 1,40 M. im Voraus zahlbar. Die Brühler Zeitung erscheint tags außer an Sonn- und Feiertagen. — Störungen infolge höherer Gewalt oder Ausstände rechtfertigen keine Erstattungsansprüche.

Nr. 104

Dienstag, 6. Mai 1930.

33. Jahrgang.

Westarps Antwort an Eugenbergs

Freiheit des Handelns vorbehalten!

H. Die Erklärung des Grafen Westarp als Antwort auf den Beschluß des deutschnationalen Parteivorstandes, welche von 28 deutschnationalen Abgeordneten unterschrieben wurde, und die das Ergebnis der Besprechungen der deutschnationalen Fraktionsmehrheit am 1. Mai darstellt, ist in sehr ruhigem und sachlichem Tone gehalten. Sie bedeutet praktisch den Bruch mit Eugenbergs als Parteiführer, dem tatächlich sehr klug die Verantwortung für den Bruch zugeschoben wird.

Bei der Staatsberatung wird sich dieser Beschluß der deutschnationalen Fraktionsmehrheit deutlich bemerkbar machen. Er zeigt jetzt schon das Auseinanderfallen der deutschnationalen Reichstagsfraktion bei den kommenden Abstimmungen an und es wird weiterhin die Situation dergestalt klären, daß es sich dann zeigen wird, ob aus dem Beschluß des Parteivorstandes die entsprechenden Folgerungen gezogen werden. Graf Westarp rechnet nämlich damit, daß sich zu den 28 noch etwa ein halbes Duzend weiterer deutschnationaler Abgeordneter gesellen wird, wodurch das Übergewicht dieser Gruppe noch größer wird. Dann ist der Kampf innerhalb der Deutschnationalen Partei in das entscheidende Stadium getreten. Der Ausgang dieses Kampfes ist nicht nur für die Deutschnationalen Partei von schicksalsschwerer Bedeutung, sondern für die innerpolitische Gesamtsituation überhaupt.

Graf Westarp hat aber der Erklärung noch einen Kommentar beigegeben, der bei nur oberflächlichem Lesen eine Mißverständlichkeit darstellen könnte. Wenn man aber genau prüft, so bleiben auch durch diesen Kommentar die eigentlichen Tatsachen unberührt, daß nämlich die Gruppe um Graf Westarp in keiner Weise gewillt ist, sich unter das laudinsche Joch des Parteivorstandes bringen zu lassen. Im Gegenteil, Graf Westarp und sein Anhang behalten für sich die unbedingte Handlungsfreiheit. Außerdem nehmen sie zum Kabinett Brüning eine wesentliche positive Haltung ein, als der deutschnationalen Parteivorstand. Dabei kommt es gar nicht darauf an, daß man einen direkten Regierungseintritt ablehnt. Es genügt schon die zugelegte praktische Unterstützung. Diese wird auch in der Zukunft von Graf Westarp und seiner Gruppe dann gewährt, wenn die Einzelfälle es als notwendig erscheinen lassen. Für die künftigen parlamentarischen Auseinandersetzungen bleibt demnach als Hauptwort der neuen Erklärung die Tatsache bestehen, daß Graf Westarp mit der Mehrheit der Deutschnationalen Fraktion zu positiver staatspolitischer Mitarbeit bereit ist, also allen Ernstes abtrüben von dem Beschluß des deutschnationalen Parteivorstandes, in dem bekanntlich „grundständige Opposition“ verlangt wurde.

Demokratischer Reichsparteivorstand zusammengetreten.

Berlin, 5. Mai. Im Reichstag ist der demokratische Reichsparteivorstand zu einer Sitzung zusammengetreten, in der versucht werden soll, die über die Politik der Reichstagsfraktion und verschiedenen Parteioptionen im Lande entstandenen Unstimmigkeiten zu klären. Die Sitzung begann mit einem längeren Bericht des Parteivorstehenden Koch-Weber über die Entwicklung der politischen Lage.

Bad Kreuznach besatzungsfrei.

Bad Kreuznach, 5. Mai. Am Sonntag verabschiedete sich der letzte Adjutant als Vertreter der französischen Besatzungsbehörde von der Stadt, nachdem der Abzug der Besatzung in den letzten Wochen flüßig und ohne irgend welche offizielle militärische Form stattgefunden hatte. Zugleich wurde das letzte militärische Gebäude an die zuständige deutsche Behörde zurückgegeben. Alle Kasernen sind jetzt geräumt und nur noch einige Gendarmen und Beauftragte der Sicherheitspolizei verbleiben noch einige Wochen bis zum offiziellen Räumungsschluß in der Stadt. Auch die Einholung der Flagge vor dem Garnisonkommando erfolgte ohne jegliche militärische Form.

Flugakrobatik wird verboten.

Berlin, 5. Mai. Wie verlautet, wird von der preussischen Regierung eine Verordnung vorbereitet, die ein allgemeines Verbot solcher Veranstaltungen ausspricht, bei denen Flugakrobatische Vorführungen in irgendeiner Form als öffentliche Schaukulturen erfolgen. Die vom preussischen Handelsministerium in Ausarbeitung befindliche Verordnung soll mit möglicher Beschleunigung in Kraft gesetzt werden.



Unterzeichnung der Reparationspläne in Paris.

Sitzend von links nach rechts: Goodchild (England), Louchet (Frankreich), Titulescu (Rumänien). In Paris wurden die vier Verträge unterzeichnet, durch die die Probleme der Reparationen der Alliierten ihre endgültige Lösung finden sollen.

Eine Rede Brünings auf dem Westfälischen Provinzial-Parteitag.

Mit. Dortmund, 5. Mai. Heute fand hier der Provinzialparteitag der Westfälischen Zentrumspartei statt, auf dem nach einer Rede des Reichsarbeitsministers Siegelwald der Reichstagsabgeordnete Brüning sich in längerer Rede über die politische Lage verbreitete.

Redner kündigte an, daß man sich in aller nächster Zeit wieder sehr den Kopf zu zerbrechen haben werde, wie die Sanierung des Arbeitslosenproblems gehandhabt werden solle. Genau so wie bei dem Bestehen des Kabinetts Müller, muß dieses Problem auch jetzt noch angefaßt werden. Minister Siegelwald habe vor 14 Tagen eine Rede gehalten, wobei er ausführte, daß der Rücktritt des Kabinetts Müller auf sehr sorgfältig überlegte Pläne zurückzuführen seien, die sich mit dem berühmten Panzerkreuzerbau befähigten. Er Brüning, müsse gestehen, daß er in den letzten Wochen sehr viel andere Sorgen gehabt hätte, als sich um den Kreuzer zu kümmern. Wenn man Monate lang immer wieder in der Sorge sitzt, ob am Ende des Monats das Reich für notwendige Bauten, für Sozialrenten, für Beamte überhaupt, Mittel zur Verfügung hat, dann werde man verstehen, daß wir wirklich in diesem Monat keine Zeit hatten, an solche Fragen zu denken. Was der Reichsrat beschlossen hat, so meinte der Reichstagsabgeordnete, ist keineswegs, als daß ein Vierteljahr früher mit dem Bau des Panzerkreuzers B. begonnen werden soll. Ich glaube auch, daß ernstlich bei den maßgebenden Führern der Sozialdemokratischen Partei diese Panzerkreuzerangriffe keine Rolle spielten. Wir glauben, daß es immer schwieriger wurde sowohl für die Sozialdemokratische Partei als auch für die Deutsche Volkspartei nach der Annahme des Youngplanes in der bisherigen Form an der Verantwortung festzuhalten. Weil wir diese Beobachtung gemacht haben, und weil wir die große Koalition erhalten wollten, haben wir die Verbindung der schwierigen Aufgaben, die zu lösen waren, mit der Sozialdemokratie noch eine andere Partei kann in Wirklichkeit nachweisen, daß bei uns nicht der ehrliche Wille gewesen ist, die große Koalition solange wie möglich zu halten. Die Regierung solle eine Rechtsregierung sein nach der Behauptung der Sozialdemokratie. Aber gerade sie habe sich fast in Uebereinstimmung mit dem Führer der Deutschnationalen Volkspartei, Eugenbergs, auf das Schärfste gegen dieses Kabinett ausgesprochen. Weiterhin hat Graf Westarp, der Führer des gemäßigten Flügels der Deutschnationalen neuerdings ebenfalls erklärt, daß es nicht möglich sei, diese Regierung zu unterstützen, da man die oppositionelle Haltung auch in Zukunft von Fall zu Fall aufrecht erhalten würde. Weiter führte der Kanzler aus: Er glaube, daß man im deutschen Volke doch jetzt davon überzeugt sei, daß nach der Demission Müllers die Zeit zum Handeln gekommen sein müsse, und nicht zum ewigen Verhandeln ohne Ende, da über dem unentwegten Verhandeln der Kredit Deutschlands nach der finanziellen und politischen Seite hin unterminiert worden wäre. Ich glaube, so betonte der Kanzler, es gibt keine Kompromißmöglichkeit, die wir vom Zentrum nicht im vergangenen Halbjahr

oder in den letzten vier Monaten versucht haben. Wir haben ein Interesse an der Konsolidierung der Dinge auf lange Sicht, wie wir uns bemühen, ein Programm aufzustellen und unter allen Umständen zur Annahme zu bringen, das die Grundlage für die Wiederaufwärtsentwicklung des deutschen Volkes in den nächsten fünf Jahren bringen muß.

Das Zentrum rechnet mit den Sozialdemokraten ab

H. Der Abg. Erising vom Zentrum sprach in der ersten Sitzung des Staats über die Stellungnahme der Partei zu den durch den Etat insgesamt aufgestellten finanziellen und wirtschaftspolitischen Fragen. Die demagogische Rede des sozialdemokratischen Abg. Vogel, gab ihm dabei Veranlassung, einmal gründlich die Politik der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion unter die Lupe zu nehmen. Er wies ihr nach, wie sie schon oft in entscheidenden Stunden sich von der Verantwortung gedrückt hat, wie gerade sie mehrmals die große Koalition zum Bruch führte. Im Reich, in dem die Sozialdemokratie glaubt, sich stark machen zu können, begibt sie sich nur zu gern in die Opposition, um parteipolitische Geschäfte zu machen. Aber in den Ländern, in denen sie aktiv eingreifen könnte, in das politische und parlamentarische Geschehen, um verderbliche Auswüchse unmöglich zu machen, hat die Sozialdemokratie nicht diesen Mut. Wir brauchen nur an Thüringen zu denken, wo die Sozialdemokratie als Partei und Fraktion sehr stark ist, und doch nicht verhindert hat, daß ausgerechnet Herr Frid Innenminister geworden ist. Ein gleiches Bild bietet uns Sachsen, ausgerechnet also das „rote“ Sachsen. Auch dort ist während der letzten Wochen vielfach die Möglichkeit erörtert worden, die Nationalsozialisten mit an der Regierung zu beteiligen. Widerspruchlos hörte die Sozialdemokratie zu. Sie tat nichts zur Abwehr dieser Pläne. Jetzt wird sogar scheinbar mit ihrer Duldung ein Beamtensystem gebildet, obwohl die Sozialisten in Sachsen eine traditionsmäßige, alte, große und starke Partei darstellen.

Abg. Erising erklärte dazu unter stürmischer Heiterkeit des Hauses, daß es pikant wäre, wenn ausgerechnet in Sachsen ein Beamtensystem aus Ruder läme. Dann hätte der frühere sächsische König allerdings recht, der einmal bemerkte: „Ihr seid mir scheene Republikaner! Dieser Hieb saß.“

Die Verhandlungen über die Reparationsanleihe.

Mit. Paris, 6. Mai. In der ersten Sitzung der Vertreter der Gläubigerstaaten und Deutschlands zur Beratung der Reparationsanleihe führte der Vertreter der Internationalen Zahlungsbank u. a. aus, daß für den ersten Bedarf an eine 5½prozentige Obligation gedacht sei, die unter pari auszugeben werden soll. Dadurch ergebe sich in Wirklichkeit eine 6 prozentige Verzinsung. Nach dieser Erklärung seien die Vertreter der Schatzämter in eine Aussprache über die Form der auszugebenden Anleihe eingetreten, die nachmittags fortgesetzt wurde. Am heutigen Dienstagvormittag fand eine zweite Vollversammlung statt. Deutscherseits nahmen an den Besprechungen Ministerialdirektor im Reichsfinanzministerium Dr. Dorn, Mini-

Das Neueste in Kürze

Wie verlautet, wird Reichskanzler Dr. Brüning morgen mit dem preussischen Ministerpräsidenten Braun über das Ostprogramm verhandeln.

Die Führerschaft der Deutschsozialen Partei, unter dem Vorhitz des früheren Reichstagsabgeordneten und Stadtverordneten Richard Runge, hat einstimmig beschlossen, die Partei aufzulösen.

Auch in Syrakus ist die deutsche Marine begeistert aufgenommen worden. Es waren gegenseitige Einladungen.

Admiral Oldenop begab sich an Bord der königlichen Yacht Savoia, wo er vom König Viktor Emanuel empfangen wurde.

Zahlreiche Todesopfer soll ein Erdbeben gefordert haben, das sich gestern Abend in Kanton ereignete. Viele Wohnhäuser sowie das Gerichtsgebäude wurden beschädigt. Nähere Einzelheiten stehen bis zur Stunde noch aus.

Ministerialdirektor Dr. Norden sowie Oberregierungsrat Knorre teil.

Splitter aus dem Reichshaushalt

Mit nachstehender Arbeit beginnen wir eine systematische Behandlung des neuen Reichshaushaltsplans, und zwar in einer Form, die auf die Interessennahme größerer Leserkreise rechnen kann. Wir glauben, unseren Lesern mit dieser Einrichtung einen großen Dienst zu erweisen, zumal es doch auch im Interesse der allgemein-politischen Aufklärung liegt, über diese grundlegenden und außerordentlich bedeutsamen Fragen des Reichshaushalts in leicht verständlicher Form und erläuternden Beispielen, bei denen man auf eine allgemeine Aufmerksamkeit rechnen kann, unterrichtet zu werden.

Die Einkünfte des Reichspräsidenten und der Minister.

Der Reichspräsident bezieht einen Gehalt von 60 000 RM. Das ist ein Betrag, den Industrie- und Bankdirektoren in mittlerer Stellung erhalten. Das Oberhaupt des Deutschen Reiches ist also petunär sehr einfach gestellt. Die Einkünfte des früheren Kaisers und Königs ohne die Domäneinkünfte bezifferten sich auf 15,5 Millionen.

Dem Reichspräsidenten werden an Aufwandsgebern 120 000 RM. zur Verfügung gestellt, die für die Wahrnehmung und Vertretung des Reiches nach außen bestimmt sind. Außerdem stehen dem Reichspräsidenten 75 000 RM. und daneben im Haushalt des Reichsfinanzministeriums 2 Millionen zu seiner Verfügung für Bewilligungen aller Art. Von diesen Geldern hat der Reichspräsident persönlich natürlich nicht einen einzigen Pfennig, sie werden für Wohltätigkeits- und Unterhaltungszwecke verwandt, und die Ansprüche, die in dieser Richtung an den Reichspräsidenten gelangen, überreichen die vorhandenen Mittel um das Vielfache.

Es ist natürlich selbstverständlich, daß der Reichspräsident auch freie Dienstwohnung und Geräteausrüstung hat.

Der Reichskanzler hat einen festen Jahresgehalt von 45 000 RM., ein Reichsminister bezieht jährlich 36 000 RM., also alles Beträge, die in der Wirtschaft, in der Industrie zumal, aber auch selbst in den Kommunalverwaltungen nicht nur erreicht, sondern oft sogar um ein Mehrfaches überboten werden. Darum ist es ja auch so schwierig, führende Persönlichkeiten aus dem Wirtschaftsleben und der Industrie, die sich in leitenden Stellungen in der Kommunalverwaltung bewährt haben, für den Reichsdienst zu gewinnen, der ihnen materiell nur einen Bruchteil dessen bieten kann, was sie vordem bezogen hatten.

Die Gehälter für Reichskanzler und Reichsminister sind übrigens erheblich gekürzt worden. Früher bezog ein Reichskanzler mit Aufwandsgebern 100 000 RM. und ein Minister 60 000 RM. jährlich. Die Aufwandsgebern für die Minister betragen jetzt nur 4 800 RM. jährlich.

Was kostet der Reichstag?

Die Gesamtaufwendungen für den Reichstag betragen an fortwährenden Ausgaben 7,9 Millionen RM. und an einmaligen Ausgaben etwa 200 000 RM., zusammen also 8,1 Millionen RM.

Der Reichstag hat auch Einnahmen und zwar in Höhe von 30 000 RM. Davon entfallen 7000 RM. aus Einnahmen an Dienstgrundstücken, 6000 RM. aus Erlösen entbehrlich gewordener Geräte, Druckmaschinen, Alton, 9000 RM. aus

Einnahmen aus der Verpflegung des Hauses und aus der Kleiderabnahme und 3000 Mark aus der Vergütung für Ueberlassung von Räumlichkeiten an Vereine.

Der Reichstag verfügt nicht über ein Dienstgebäude, nämlich dem großen sogenannten Palastbau, sondern über 5 Gebäude, und zwar zunächst über das eigentliche Reichstagsgebäude, ferner über das Präsidentenhaus, das gegenüber dem Reichstag in der Friedrich-Ebert-Straße liegt, sodann über ein Beamtenwohnhaus, ein Maschinenhaus, und zwei weitere kleinere Gebäude.

Die Unterhaltung des eigentlichen Reichstags kostet 85 000 RM., des Präsidentenhauses 10 000 RM. und 40 000 RM. müssen für die Unterhaltung der technischen Anlagen der Gebäude, insbesondere also des Maschinenhauses, aufgewandt werden. Die Beheizung des Reichstags beispielsweise geschieht nicht innerhalb des Reichstagsgebäudes selbst, sondern von dem Maschinenhaus durch unterirdische Leitungen. Diese Heizung kostet 86 000 RM., die Beleuchtung verlangt 4500 RM., die Reinigung 25 000 RM.

Die Herstellung der Reichstagsdrucke kostet 357 000 RM. — 80 000 RM. weniger als im Jahr vorher. — Für den Bezug von Druckschriften werden 8000 RM. und für Zeitungen 5000 RM. aufgewandt. Dieser Betrag ist außerordentlich bescheiden, er steht in keinem Verhältnis zu den übrigen Aufwendungen. Allerdings ist es üblich, daß die Verlage der deutschen Zeitungen zum großen Teil Anwesenheitsentlohnungen für den Lesesaal der Abgeordneten, ja für den Reichstag selbst, übermitteln.

Für die Beschaffung von Büchern und dergleichen wendet der Reichstag 75 000 RM. auf. An Post- und Telegraphen- und Fernsprechkosten zeichnet der Etat 45 000 RM.

Die Diäten der Reichstagsabgeordneten stehen im Haushalt mit 4 355 000 RM. Sie setzen sich zusammen aus Aufwandsentschädigungen für Abgeordnete mit 4 419 000 RM., aus Aufwandsentschädigungen des Präsidenten des Reichstages mit 36 000 RM. und aus Tagesgeldern für Ausschüsse mit 60 000 RM., zusammen 4 515 000 RM., von denen 160 000 RM. an Abzügen auf Grund der gesetzlichen Bestimmungen abgehen, so daß ein Rest verbleibt von 4 355 000 Reichsmark.

Die Reichstagsrestauration kostet nur noch 60 000 RM. gegenüber früher 80 000 RM. Man hat hier also verhältnismäßig stark eingespart. Eine erhebliche Einsparung von 125 000 RM. ist übrigens auch erzielt bei der Entschädigung an die Eisenbahn für die Freifahrt der Mitglieder des Reichstags. Diese Entschädigung beläuft sich jetzt nur noch auf 1 265 000 RM. gegenüber 1 390 000 RM. im Jahre 1929.

Für die Ausschmückung des Reichstagsgebäudes kann schon seit Jahren nicht viel getan werden. Es sind für 1930 ebenso wie für die vorangegangenen Jahre für diesen Zweck nur 15 000 RM. eingelegt.

Im ganzen weist der Haushalt des Reichstags ferner eine Reihe recht erheblicher Einsparungen von rund 220 000 RM. gegenüber dem Vorjahr auf.

Das neue Gebäude der Reichskanzlei.

begn. der Erweiterungsbau, ist einschließlich der Innenbauausstattung auf 2 420 000 RM. veranschlagt. Davon wurden im Haushalt für 1927 bewilligt 200 000 RM., 1928 1 300 000 RM., 1929 740 000 RM., und im Etat für 1930 werden als Restbetrag noch 145 000 RM. verlangt, das ergibt insgesamt ein Weniger von 35 000 RM. Beim Reichshaushalt für 1929 sind 180 000 RM. abgetrennt, die durch Vereinfachung beim Innenausbau eingespart werden sollen. Der Betrag ist aber zum großen Teil durch nicht vorhergesehene Mehraufwendungen, die teils bei den Untertunnelungs- und Anschließungsarbeiten, teils infolge monatelanger Arbeitsunterbrechungen, durch die unerwartet schwierigen Unterführungsarbeiten der Reichsbahn, durch den langen Winter, durch Zinsen und so weiter verursacht wurden, aufgebraucht worden. Die vorgesehene Vereinfachung beim Innenausbau soll durchgeführt werden, doch glaubt man, eine noch weitere Einschränkung nicht vertreten zu können, ohne daß der Charakter des Gebäudes stark beeinträchtigt würde. Für die Möbel- und Geräteausrüstung des Erweiterungsbau werden 200 000 RM. angefordert, wobei bereits berücksichtigt ist, daß die alten vorhandenen Bestände stark beeinträchtigt werden würden. Um dieser Aufwendungen willen hat man darauf verzichten müssen, die freiwillig sehr dringend notwendige Ergänzung und Ausbesserung der Möbel und Ausstattungsgegenstände in der Dienstwohnung des Reichskanzlers vorzunehmen. Man will die betreffenden Mittel erst im Rechnungsjahr 1931 anfordern.

Die Rechtsschutzfähigkeit d. Deutschen Werkmeister-Bundes im Jahre 1929

Allseitig bekannt ist, daß der Deutsche Werkmeister-Bund, Sitz Essen (christlich-nationale Richtung) in den letzten Jahren auf den verschiedensten Gebieten gewerkschaftlicher Arbeit im Interesse seiner Mitglieder hervorragende gewirkt hat. Zu allen in den vergangenen Jahren erschienenen Gesetzen sozialpolitischer und arbeitsrechtlicher Art hat der D.W.B. die Wünsche seiner Mitglieder an maßgebender Stelle vorgebracht und vertreten. Auch zu den jetzt noch in den Ausschüssen des Reichstages begn. Reichswirtschaftsrates zur Verhandlung stehenden Gesetzesentwürfen sind im Interesse der Werkmeister und technischen Betriebsangestellten Vorschläge eingebracht worden.

Neben dieser Arbeit hat sich der D.W.B.

im Jahre 1929 der Rechtsschutzfähigkeit besonders gewidmet. Die nachfolgenden Zahlen sollen zeigen, daß die untern und ungünstigen Beschäftigungsverhältnisse nicht nur wirtschaftliche und seelische Wunden für die Arbeitnehmererschaft im Gefolge haben, sondern auch eine Mehrzahl von Streitigkeiten auf den Gebieten des Arbeits- und Sozialversicherungsrechts wie auch in steuerlicher Hinsicht mit sich bringen, die dann meistens von den Geschäftsstellen des D.W.B. erledigt werden müssen. Im Jahre 1929 wurden 11306 mündliche Auskünfte erteilt und in 6727 Fällen Schriftsätze angefertigt. Auf Grund gültiger Verhandlungen bezw. ergangener Urteile von den Arbeitsgerichten konnten im Jahre 1929 für die Mitglieder des D.W.B. RM. 240 488,10 sichergestellt werden. Diese Rechtsschutzfähigkeit erstreckte sich über folgende Gebiete: Dienst- und Tarifvertrag, Angestelltenversicherung, Unfallversicherung, Knappschaftswesen, Steuerfragen, Zivilsachen (Mietverhältnisse, Krankentageangelegenheiten und Sonstiges). Nicht unerwähnt soll bleiben, daß der Deutsche Werkmeister-Bund auch im Jahre 1929 eine Anzahl grundsätzlicher Entscheidungen durch das Reichsarbeitsgericht erzielen konnte.

Ein Gesamtüberblick über die Rechtsschutzfähigkeit in den letzten 3 Jahren ergibt sich aus folgender Aufstellung:

Jahr	Auskünfte	Schriftsätze	Barerfolge
1927	5703	3329	M. 83 227,—
1928	8098	5761	M. 241 517,—
1929	11 306	6 727	M. 240 488,—

Vorgenannte Zahlen beweisen, daß der Deutsche Werkmeister-Bund in den letzten Jahren große Arbeit auf dem Gebiete des Rechtsschutzes geleistet hat, zeigen aber auch, welch großen Wert die Zugehörigkeit zu einer gewerkschaftlichen Organisation zumal dann hat, wenn Streitfragen auf den Gebieten des Arbeits- und Sozialversicherungsrechts entstehen.

Sozialistische Hirngespinnste

Was der 1. Mai für Folgen haben kann! H. „Der Abend“, die Spätausgabe des „Vorwärts“ vom 2. Mai 1930, veröffentlicht eine Meldung der sozialistischen „Rheinischen Zeitung“ vom gleichen Tage unter der Überschrift: „Mandatsgesetze im Zentrum. Treveranus auf der Zentrumsliste“.

Darin wird behauptet, daß zwischen Wirth, Brüning und zwischen Vorstandsmitgliedern der Zentrumsliste und Zentrumsfraktion Vorgesprächen stattgefunden hätten mit dem Ziele, bei den kommenden Reichstagswahlen fünf bis sechzehn Mitglieder der Deutschnationalen Reichstagsfraktion als Spitzenkandidaten auf die Reichsliste des Zentrums zu nehmen und zwar Treveranus, Waltraf, Altmann, Wefers und Mumm. Ferner bemerkt dazu die „Rheinische Zeitung“, daß an dem Wahrheitsgehalt ihrer Mitteilung nicht der mindeste Zweifel bestehe.

Wir haben schon genug sozialistische Ueberrassungen in der letzten Zeit gelernt. Denn in der Siebzigste ihrer Separatliste kennt die Sozialdemokratie kein Maß und keine Grenzen mehr. Diese Mitteilung aber stellt doch den Gipfelpunkt der bisherigen Leistungen der sozialistischen Presse dar. Wir können nichts anderes annehmen, als daß der „Rheinischen Zeitung“, viel mehr noch ihrem Berichterstatter, der 1. Mai mit einem wahrhaftigen großen Mißholgehalt sehr schlecht bekommen und zu stark in den Kopf gestiegen ist.

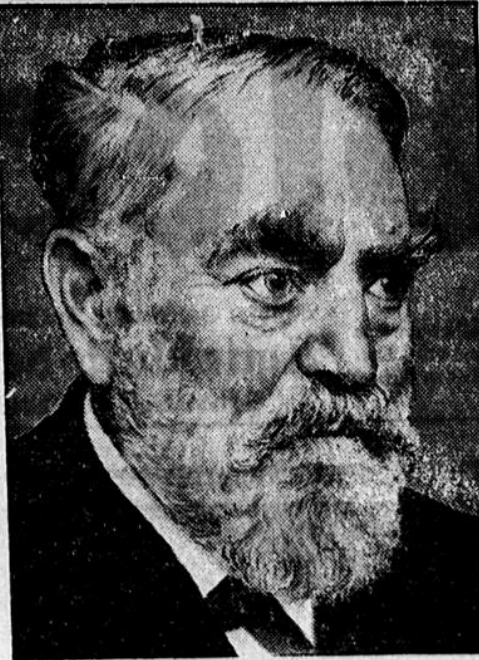
Trotzdem die Meldung der „Rheinischen Zeitung“ das Ungeheuer an der Stirn trägt, haben wir mit dem maßgebenden Persönlichkeiten der Zentrumsliste und -fraktion, auch mit Minister Dr. Wirth Rücksprache genommen, und sind von ihm zu der Feststellung ermächtigt, daß nirgendwo und nirgendwann irgendwelche Vorgespräche obiger Art stattgefunden haben. Das Ganze ist ein sozialistisches Hirngespinnst, das noch nicht einmal eines offiziellen Dementis Wert ist.

Jeder Arbeitnehmer hat Anspruch auf Urlaub!

Gesetlich ist der Urlaub bisher in Deutschland nicht geregelt, wohl aber hat sich die Festlegung eines Urlaubsanspruches in den Tarifverträgen eingebürgert und gut bewährt. Unter dieser Regelung kommt die Mehrzahl der Arbeitnehmer in den Genuss eines bezahlten Urlaubs, der sich in den Angestelltenverträgen je nach den vereinbarten Bestimmungen im Tarifvertrag nach Dienstjahren, nach Berufsgruppen, nach Lebensjahren, oder nach Gehaltsgruppen richtet und sich in der Höchstdauer zwischen 12 und 36 Arbeitstagen bewegt. — Aber auch diejenigen Arbeitnehmer, die unter keinen Tarifvertrag fallen, können einen Anspruch auf Urlaub geltend machen, da die Gewährung eines Urlaubs allgemein als ortsüblich anzusehen ist, und nach dem § 59 des BGB die dem Ortsgebrauch entsprechende Vergütung für die Arbeitsleistung gewährt werden muß, wozu auch der Urlaub zu rechnen ist. — Eine Abfindung des Urlaubsanspruches durch Gewährung der entsprechenden geldlichen Vergütung ist grundsätzlich nicht zulässig; nur wenn der Urlaub dem Arbeitnehmer auf Anweisung seiner Firma verloren geht, kann er geldliche Entschädigung verlangen. — Veränderungen im Laufe des Dienstjahres, die z. B. durch Krankheit oder Familienereignisse hervorgerufen worden sind, können auf den vertragsmäßigen Urlaub nicht angerechnet werden.

Die Zeit des Urlaubs festzusetzen, ist Sache des Arbeitgebers. — Ist sie aber einmal festgesetzt, so kann der Urlaub ohne Zustimmung des Arbeitnehmers nicht verlegt oder verlagert werden, es sei denn, daß besondere Gründe nachträglich eingetreten sind. — Im Falle der Kündigung durch den Arbeitgeber besteht der Anspruch auf anteilige Gewährung des Urlaubs und, falls dies unmöglich ist, auf die entsprechende Vergütung.

Eine Zurückberufung vom Urlaub ist nur beim Eintreten wichtiger nicht im Verstandenen des Arbeitgebers begründeter Umstände zulässig. Für den dadurch entstehenden Schaden muß der Arbeitgeber aufkommen, ebenso für den Schaden, der durch Nichtgewährung eines bereits genehmigten Urlaubs entsteht.



Der Gründer des Deutschen Museums 75 Jahre alt.

Georg Baurat Oskar von Miller, der Schöpfer des Deutschen Museums in München und der Wasserkraftwerke am Walchensee, wird am 7. Mai 75 Jahre alt. Oskar von Miller, der auch der Mitbegründer der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft ist, gehört zu den hervorragenden Bahnherrn auf dem Gebiet der Elektrizitäts- und Wasserkraftverjorgung.

Englands Indien-Politik vor dem Bankrott?

Mit. Berlin, 5. Mai. Während sich die englische Politik bisher gegenüber der Bewegung in Indien nach altbewährtem Rezept bemühte, eine ruhige Haltung zu zeigen, während sie Wert darauf legte, so wenig wie möglich Märtyrer zu schaffen und keine prominenten Märtyrer überhaupt, ist jetzt mit einem Schläge das Bild völlig verändert. Gandhi selbst ist verhaftet worden. Dafür gibt es angesichts der englischen Praxis und vor allem in dem direkt ausgesprochenen Entschlusse, an dieser alten, klugen Praxis festzuhalten, nur zwei Erklärungen: Entweder haben die englischen Behörden jetzt plötzlich die Nerven verloren, oder sie haben die Hoffnung verloren, ohne Anwendung äußerster Gewaltmittel der indischen Bewegung Herr zu werden. Gegen den ersten Fall gäbe es ja ein einfaches Mittel: die Erlegung der leitenden Männer durch Leute mit ruhigen Pulsen. Aber weit wahrscheinlicher ist, daß jetzt ein langwieriger, wechselreicher Kampf um die Stellung Englands im Weltreich vor sich geht.

Die englische Regierung hat über Indien eine strenge Zensur verhängt. Man wird daher wohl in nächster Zeit nur Bruchstücke und zwar nur gefärbte Bruchstücke von Nachrichten über die Vorgänge der kommenden Tage erfahren und zwar auf dem Umwege entweder über Singapur oder über Tokio. Wie stets in solchen Fällen bei einer Nachrichtenperre dürfte sich das Gerücht hierfür schablos halten. Unter allen Umständen zeigt sich die englische Herrschaft in Indien schon durch die Nachrichtenperre als sehr beunruhigt und erschüttert. Damit soll jedoch nicht gesagt sein, daß es England nicht unter Anwendung aller zur Verfügung stehenden militärischen Machtmittel doch noch gelingen werde, die Ordnung wieder herzustellen. Aber mit militärischen Mitteln ist das Problem überhaupt nicht mehr zu lösen. Der Freiheitsdrang ist nicht mehr zu unterdrücken.

Ghandi mehr interniert als gefangen.

London, 5. Mai. Das Amt für Indien gibt bekannt, daß Ghandi Haft mehr eine Internierung als eine Gefangenhaltung sein werde.

Kuna, 5. Mai. Die drei Polizeikraftwagen trafen mit Ghandi im Gefängnis ein. Ghandi erklärte dem Vertreter des Reutersbüros, daß ihm auf der Fahrt jegliche Bequemlichkeit gewährt worden sei.

Man glaubt, daß die Regierung ihm eine monatliche Pension von 100 Rupien für seinen Lebensunterhalt sowie den ihm Unterstellten eine Lebensmittelbeihilfe zubilligen werde. Hier ist alles ruhig.

Bombay, 5. Mai. In Malapur und Nabsari wird heute bereits infolge der Verhaftung Ghandis ein Trauertag veranstaltet. Ghandis Frau führte in Malapur eine Prozession an und forderte in mehreren Ansprachen ihre Zuhörer auf, Ghandis Werk fortzusetzen. Man erwartet auch für Bombay eine zweitägige Trauerkundgebung. Die Stadt Peshawar ist von Militär besetzt worden.

Vorsichtsmaßnahmen.

Karatschi, 5. Mai. Angesichts der gespannten politischen Lage und der Drohungen der Freiwilligen des zivilen Widerstands hat die Polizei die gesamte Munition aus den örtlichen Magazinen ins Arsenal schaffen lassen.

Peshawar, 5. Mai. Militärpolizei durchsuchte die Büros des Verbandes der Freiwilligen Ghandis und andere Verbände, beschlagnahmte eine Reihe Schriftstücke und nahm 17 Leute fest.

Eine Zurückberufung vom Urlaub ist nur beim Eintreten wichtiger nicht im Verstandenen des Arbeitgebers begründeter Umstände zulässig. Für den dadurch entstehenden Schaden muß der Arbeitgeber aufkommen, ebenso für den Schaden, der durch Nichtgewährung eines bereits genehmigten Urlaubs entsteht.

Schober mit seiner Reise zufrieden

Feierlicher Empfang in Wien.

Wien, 6. Mai. Bei seiner Rückkehr nach Wien wurde Bundeskanzler Schober von Vertretern der Behörden, dem englischen Gesandten und in Abwesenheit des französischen Gesandten, durch dessen Stellvertreter auf dem Bahnhof empfangen. Außerdem wurde er von einer großen Menschenmenge enthusiastisch begrüßt.

Er gab vor der Presse die Erklärung ab, daß die Besuche in Paris und London in erster Linie Höflichkeitssakte gewesen wären, während die Reise nach Berlin dem Bedürfnis entsprochen hätte, den deutschen Bruder im Reich zu besuchen. Allerdings hätte der Aufenthalt in Berlin gleichzeitig den Zweck gehabt, die Handelsvertragsverhandlungen zu beschleunigen. Während seines Aufenthaltes in Paris und London, sei es ihm gelungen, aufklärend im Interesse der innerpolitischen und wirtschaftlichen Entwicklung Österreichs zu wirken und das Vertrauen in das Vaterland zu stärken. Auf jeden Fall könne Schober mit dem Erfolg seiner Reise recht zufrieden sein.

Aus der katholischen Welt

Studium der katholischen Theologie in Bonn und Breslau.

Wie der Amtliche Pressebericht einem Rundschreiben des Preussischen Ministers für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung, entnimmt, wird vom Sommersemester 1930 ab zunächst probeweise zum Studium der katholischen Theologie an den Universitäten Bonn und Breslau zugelassen, wer ein anerkanntes Reifezeugnis einer deutschen höheren Lehranstalt oder ein gleichwertiges Zeugnis beibringt. Ueber die Zulassung zur Promotion verbleibt es vorläufig bei den geltenden Bestimmungen. Ueber die Zulassung von Nichtdeutschen zu den kirchlichen Prüfungen gelten besondere kirchliche Zulassungsbedingungen. Künftig wird auch geregelt werden, nach wie vielen Semestern die erforderlichen Sprachprüfungen spätestens abzulegen sein werden. Den Studenten wird schon jetzt dringend geraten, die Prüfungen auf Lateinisch und Griechisch nach den beiden ersten Semestern abzulegen.

Das Konsistorium am 21. Mai.

Der „Observatore Romano“ veröffentlicht einen Aufruf an alle Bischöfe, die in einem Umkreise von 100 Meilen von Rom entfernt wohnen, sich laut Verfügung der Konsistoriumskongregation am 21. Mai nach Rom zu begeben, um dort am Konsistorium semibublicum teilzunehmen und ihre Stimme über die Kanonisation des seligen Theophilus da Corte und der seligen Catharina Thomas abzugeben. Außerdem kommen vielleicht noch einige andere Selige in Frage, deren causa augenblicklich von der Ritenkongregation untersucht, und deren Kanonisation womöglich auch vollzogen wird.

Kardinal Gaspari ist umgezogen.

Dieser Tage hat der ehemalige Kardinalstaatssekretär Pietro Gaspari das Kloster der spanischen Schwestern vom Heiligsten Herzen auf dem Monte Mario verlassen und seine neue Villa auf dem Colle Oppio, die ihm der St. Vater zum Geschenk gab, bezogen. Die Villa, aus zwei Stockwerken bestehend, ist glänzend gelegen, unmittelbar in der Nähe der Gärten des Colle Oppio und des großen Parkes der historischen Villa Borghese. Von allen Fenstern hat man eine prächtige Aussicht auf das Kolosseum, die historischen Kirchen des Monte Colio, die großen Parks rings um den Celimontana und des Klosters der Passionisten bei der Basilika San Giovanni e Paolo.

Ausschüttung des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften.

Auf der diesjährigen Tagung des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften konnte der erste Vorsitzende, Bernhard Otte, in seinem Geschäftsbericht neben der Stärkung der Finanzkraft auch eine Zunahme von über 24 000 Mitgliedern vermelden. Es wurde die Errichtung einer Reihe von Augen- sekretariaten beschlossen und zu stellvertretenden Vorsitzenden des Gesamtverbandes Behrens (Landarbeiter), Kuntze (Holzarbeiter) und Schmidt (Metallarbeiter) gewählt. Karl Jansen, der Redakteur des „Zentralblattes“, sprach über „Organisatorische Umbildungen in der deutschen Gewerkschaftsbewegung“. Die Gesamtsituation mache die Schaffung von starken und leistungsfähigen Verbänden auf dem Wege des Zusammenflusses zur gebietsspezifischen Notwendigkeit. Sodann nahm der Ausschuss nach einleitenden Referaten des Gesamtverbandesvorsitzenden Albert Böck und des Redakteurs des „Zentralblattes“, Fritz Rüttgen, Stellung zum Dinta. Die Ausschüsse führten zu seiner einheitlichen Auffassung, wie ja überhaupt Anknüpfung und sein Wert ganz allgemein auch in Unternehmertreuen noch stark umstritten sind. Würde sich das Dinta auf sein ureigenes Gebiet beschränken, nämlich auf die fachliche Erleichterung des industriellen Nachwuchses, dann würde das jetzt noch vorhandene Mißtrauen weitgehend verschwinden. Einen breiten Raum nahm die Erörterung der Frage ein, wie kann die Erwerbslosigkeit wirksam bekämpft werden? Nach einem sehr instruktiven Vortrage des Geschäftsführers Fritz Waltrusch und einer eingehenden Erörterung kam der Ausschuss zu folgenden Vorschlägen: „Außenpolitisch: Beseitigung der Handelsbarrieren, weiterer Ausbau der Handelsverträge, Förderung des Exports, Schutz der heimischen Arbeit, Herbeiführung von Auslandskrediten für produktive Zwecke zu günstigeren Bedingungen als bisher, Fortfall der sogenannten Kartellierungen und Preisbildungen durch den Staat, stärkere Nachprüfung des ausländischen Arbeiterkontingents, weitere Verfestigung der Arbeitszeit unter Berücksichtigung der internationalen Gegebenheiten. Innenpolitisch: Die Wirtschaftsführer sind in erster Linie zu verpflichten, für Arbeit zu sorgen. Periodische Abschreibungen des Arbeiterstandes auf die Arbeitslosenversicherung müssen unterbleiben. Erhebung eines allgemeinen Rotopfers zur Nahrungsmittel- und Durchführung dringender öffentlicher Arbeiten — besonders in der Verkehrswirtschaft und in erster Linie in den Grenzgebieten. Beseitigung der Industriebelastung auf weitere fünf Jahre; 200 Millionen RM. werden davon jährlich der

AMOL hilft bei Rheuma, Gicht, Schiess, Heren, schuf, Nerven und Erkal, tungsbeschwerden. In Apo, theken u. Drogerien erhältl.

Unbekanntes Land
an einer Hauptstraße der Welt

Landwirtschaft auf dem Wege verbilligter Kredite durchgeführt. Die Behördenaufträge sollen gemäß den Vorschlägen des Reichswirtschaftsrats vergeben werden. Die Drosselung des Wohnungsbauens aufzuheben, der Wohnungsbau ist durch vermehrte Vergabe von Hauszinsen und von billigeren Hypotheken weitgehend zu fördern, ebenso die ländliche Siedlung. Reichsregierung und Reichsbank müssen auf die viel zu hohen Zinsen und Provisionsätze und die zu großen Zinsspannen planmäßig drücken. Die Distriktpolitik ist beweglicher zu gestalten, der Kapitalverkehr zu erleichtern. Anleihen der öffentlichen Körperschaften sind — entsprechend dem niedrigen internationalen Zinsniveau — mit geringeren Zinssätzen und Bedingungen als bisher auszustatten. Der Staat soll, um eine schnellere Anpassung der Warenpreise an die Wirtschaftskontinuität zu fördern, von den Möglichkeiten der Kartellverordnung und der Gesetzgebung über die Zwangsartikelle Gebrauch machen, insbesondere gegenüber den Kartellen und kartellähnlichen Unternehmungsformen, die eine monopolistische Ausnutzung ihrer wirtschaftlichen Machtstellung erkennen lassen. Die Bindung der nachfolgenden Wirtschaftsstufe ist zu verbieten.

Eine bessere Offenlegung (Publizität) auf allen Gebieten der kapitalistischen Wirtschaft muß durchgeführt werden. Monopolistische Preisbildungen durch Kartelle und Trusts einerseits und gleichzeitige Durchführung einer strengen Höchstpreispolitik ist — volkswirtschaftlich gesehen — unmöglich. Die Stärkung der Kaufkraft der breiten Schichten des Volkes durch eine gesunde Lohn- u. Preispolitik ist zur Belebung und Erhaltung der Konjunktur ein besseres Mittel als die Niedrighaltung der Löhne. Die Kapitalneubildung auch auf dem Wege des Sparens ist durch eine gute Lohnpolitik zu fördern. Die Konkurrenz der Doppelverdiener, besonders der verordneten Doppelverdiener, auf dem Arbeitsmarkt muß in den jetzigen Notzeiten, weil untragbar, weitgehend ausgeschlossen werden, ebenso die Überstundenarbeit. Die teilweise übersteigerte Rationalisierung und Mechanisierung ist um des arbeitenden Menschen und der Rentabilität willen auf das richtige Maß zurückzuführen. Die Bevorzugung ausländischer Waren ist durch zweckentsprechende Auflagen der Verbrauchssteuer, insbesondere auch der Hausfrauen, einzubäumen. Die heimische Produktion ist stärker

auf die Befriedigung der lebensnotwendigen Bedürfnisse der breiten Volksschichten einzustellen. Das bessere Funktionieren der Arbeitslosenvermittlung ist durch die Arbeitsämter immerfort anzustreben, bis die größtmögliche Feinheit bei der Sondierung und Behandlung der Arbeitskräfte und des Arbeitsmarktes erreicht ist."

Bierpreiserhöhung u. Pfennigrechnung

Die deutsche Brauindustrie hat inzwischen sowohl durch ihren Spitzenverband als auch durch den Verband Rheinisch-Westfälischer Brauereien den Beschluß gefaßt, bei der Biersteuer-Erhöhung lediglich die reine Steuer abzuwälzen; also die Ausfälle für den zu erwartenden Produktionsrückgang selbst zu tragen. Ein Beschluß, der zweifelsohne zu begrüßen ist, dessen Durchführung aber nur dann auch für die große Masse der Konsumenten fruchtbar wird, wenn es gelingt, beim Endverkauf durch Einführung der Pfennigrechnung den Preis pro Glas verhältnismäßig niedrig zu halten.

Der Gastwirtstand ist nun keineswegs in einer beneidenswerten Lage; denn es geht unserer Wirtschaft — von Ausnahmefällen abgesehen — durchaus nicht rosig. Die zahlreichen Unkostensteigerungen der letzten Jahre haben die Gastwirte zum großen Teil auf sich nehmen müssen, sodaß ihnen die endliche Abwälzung aller dieser Faktoren wohl einmal zu wünschen wäre; andererseits aber würde bei Beibehaltung des heutigen Systems, 5 Pf. als kleinste Münzeinheit zu betrachten, eine Erhöhung eintreten, die letzten Endes auch dem Interesse des Wirtstandes nicht entspricht. Bei einer Erhöhung des Glases Bier nämlich um 5 Pf. würde das Bier um volle 20 Pf. erhöht werden müssen und das wäre ein Ausmaß, gegen das sich die Konsumenten bestimmt zur Wehr setzen werden. Man wird sich also in Norddeutschland und vor allem hier im Westen auf jeden Fall daran gewöhnen müssen, die Pfennigrechnung zur Durchführung zu bringen — Selbst wenn, das in der ersten Zeit mit gewissen Unannehmlichkeiten verbunden ist. Ganz abgesehen vom Bierpreis, wäre diese Einführung auch aus allgemeinen Erwägungen sicher erwünscht, würde doch damit auch nach außen hin die Wiederherstellung der notwendigen Achtung auch vor der kleinen Münze dokumentiert.

Brühl und Umgebung

Brühl, 6. Mai 1930.

Arbeitsamt verlegt. Seit dem 1. Mai wurde die hiesige Zweigstelle Brühl des Arbeitsamtes von der Kirchstraße zur Mühlenstraße, Ecke Mollkestraße, in das Haus Nr. 37, verlegt.

Blumen gestohlen. Auch in der Gartenstraße wurden in der Nacht auf Sonntag Blumen gestohlen und zwar Goldlack, den der Dieb mitnahm den Wurzeln aus der Erde riß. Es kann sich um denselben Dieb handeln, der auch festgenommen wurde. Wünschenswert wäre es, daß einem solchen gemeinen Dieb einmal ein gründlicher Denkfleiss verabsolgt würde, damit anderen die Lust vergeht.

Und da will man noch schimpfen! Am Montagmittag lief ein kleines Kind, während seine Mutter mit einer anderen Frau sprach, auf der Bonnsstraße vor der Stadt dicht vor einem Personentransportwagen über die Straße. Der Wagenführer hatte den Wagen gut in der Hand und konnte sofort stehen, sonst wäre das Kind überfahren worden. Und da fing die Mutter an und schimpfte auf den Fahrer ein, anstatt daß sie auf das kleine Kind vorher aufpaßte. Sie hatte wahrlich keinen Grund zum Schimpfen!

Unser Rathaus. In der Nacht ihrer gähnt seit gestern am Turm ein schwarzes Loch. Viele vergebliche Blicke werden hinaufgeschickt; die Tag und Nacht, jahraus, jahrein auskunftsbereite Uhr ist verschwunden, hat für kurze Zeit dienstfrei. Zur Aufklärung: das Zifferblatt wird erneuert. In aller Kürze ist sie wieder dienstbereit.

Massenverkehr. Da die Schätzungen über die Anzahl der Besucher des Flugplatzes am Sonntag sehr unterschiedlich sind, können wir mitteilen, daß es über viereinhalb Tausend zahlende Zuschauer gab. Dazu kommt die große Zahl der Gastgäste, die sich natürlich, da sie an den verschiedensten Stellen standen, sehr schwer schätzen läßt. Immerhin geht auch diese Ziffer weit in die Tausende.

7. Mai: Sonnenaufgang 4.24 Uhr, Sonnenuntergang 19.30 Uhr. Mondaufgang 12.58 Uhr, Monduntergang 2.47 Uhr. — 1833: Der Komponist Johannes Brahms in Hamburg geb. (gest. 1897). — 1840: Der russische Komponist Peter Tschaikowsky in Woroneß geb. (gest. 1893). — 1805: Erscheinen des Don Quixote. — 1855: Oskar v. Miller geb. — 1830 Ludwig I. Conde v. Frankreich geb. — 1880 Hubert v. — 1880 Komponist R. Wagner geb. — 1880 Brasil. Min. Präsident Vargas f.

Kierberg: Die Feiwe. Feuerwehr hielt am vergangenen Samstag eine Alarmübung ab, bei der die Idee zu Grunde lag: in einem dreistöckigen Hause sei Feuer ausgebrochen. Es galt nun, die bedrängten Bewohner zu retten. Da das Haus solch einen Befehl, so mußten zuerst die Leute aus dem obersten Stock heruntergeholt werden. Danach kam man den anderen Bewohnern zu Hilfe. Inzwischen waren die Sanitätskolonne und ein Abschlag aus Heide herangerückt. Man mußte nun den Uebertritt des Feuers auf die Nachbargebäude vermeiden, und das gelang in kurzer Zeit. So lief die Übung recht von statten. Der Brandmeister W. Karp hielt dann eine Ansprache, in der er besonders seine Leute ermahnte, dem Wahlspruch „Gott zu Ehr, dem Nächsten zur Wehr“ allseitig treu zu bleiben. Zum Schluß war im Gasthaus Wohl gemüthliches Beisammensein, wo man 4 Mitglieder als Jubilare feierte.

Wohem. Gefährlicher Hund. Auf der Straße nach Hirschfeld fiel ein schwarzer Hund an. Er lief ihm nach, schnappte nach seinem Bein und riß ihm die Hose durch. Dadurch kam der Radfahrer erheblich zu Fall. Wenn der Hund gehörte, konnte der arme Mann leider nicht feststellen. Solche Hunde müssen Maulkörbe tragen.

Fischenich. Armes Kind. Ein junger Mann hat sein kleines zweijähriges Kind hinten

des Fahrers haumelten die Beine des Kindes und dies geriet mit dem rechten Fuß in die Speichen. Es verletzte sich erheblich. Der Radfahrer kam dabei zu Fall. Dabei schlug das Kind auch noch mit dem Kopf auf die Erde. In solchem Falle muß ein Speichenschutznetz vorhanden sein.

Hürth. Bezirksratung des Roten Kreuzes in Hürth. Auf der letzten Bezirksratung am Sonntag in Euskirchen wurde einstimmig beschlossen, die Ausrichtung der nächsten Bezirksratung des Roten Kreuzes vom Reg. Bez. Köln der freiwilligen Sanitätskolonne Hürth zu übertragen.

Zum Raubüberfall im Zuge. — Dichtung oder Wahrheit?

Köln, 5. Mai. In dem Raubüberfall auf den jugendlichen Buchhalter Schäfer von der Matzfabrik Kalkseuren, der angeblich von 2 maskierten Männern im Zuge Köln-Kalkseuren überfallen, geknebelt und beraubt worden sein will, wird noch gemeldet, daß beim Gericht Zweifel an dem von Ueberfallenen berichteten Geschehen des Raubüberfalls entstanden sind. Man glaubt, daß der ganze Ueberfall erdichtet ist. Merkwürdige Begleitumstände, die unbedingt auffallen mußten, haben die Veranlassung dazu gegeben, daß Schäfer vom Untersuchungsrichter unter Eid vernommen werden soll. Bei der eidlischen Vernehmung wird sich herausstellen, was Wahres an der Sache ist.

Eröffnung der neuen Berufsschule in Hürth

Am Samstag, 3. Mai, fand in Hürth die Einweihung des neuen Berufsschulgebäudes statt. Zu der Feier waren erschienen: Landrat Seimann, Vertreter der Handwerkskammer, der Gewerkschaften, der Amtsvorstellung und andere Ehrengäste. Zur Eröffnung spielte das Berufschorchorleiter. Bürgermeister Diffe hielt darauf die Festrede, in der er auf die schnelle Entwicklung Hürths zu einer Gemeinde von annähernd 24.000 Einwohnern und die sich daraus ergebende Notwendigkeit einer Förderung des Berufsschulwesens hinwies. Wie später Regierungsrat Göbel in einer Ansprache sagte, ist die Berufsschule Hürth im Regierungsbezirk Köln die dritte Schule, die in eigenem Gebäude eingerichtet und mit allen modernen Neuerungen aus dem Gebiete des Berufsschulwesens ausgestattet ist. Sie kommt direkt hinter die Berufsschulen der Städte Köln und Bonn.

Nach einem Orchesterstück hielten Regierungsrat Göbel, Oberregierungsrat Meyer, Landrat Seimann und Direktor Kleinert Ansprachen, worauf die Feier mit einem Schlußmarsch des Orchesters endete.

An die Feier schloß sich eine Besichtigung des Neubaus unter Führung von Amtsbaumeister Vittingenau und Berufsschuldirektor Kleinert an. Die Berufsschule Hürth ist ein moderner Schulbau mit Klinkerfassade, der sich in das Ortsbild gut einfügt. Im Kellergehoß sind außer der Zentralheizungsanlage die zwei großen Werkstätten für Eisen- und Holzbearbeitung sowie die Schulküche mit den erforderlichen Nebenräumen untergebracht. Im bodengelegenen Untergeschoß befinden sich die Verwaltungsräume, Lehrmittelräume, Bibliothek, Konferenzzimmer, ein Lehrsaal und der Physik- und Chemiefaal. Im linken Seitensügel befindet sich die Hausmeisterwohnung. Nach der Festezeit zu liegen auf halber Höhe zwischen Keller- und Untergeschoß die Toilettenräume.

Eine breite Doppelreppel mit kunstvoll geschmiedetem Eisengitter führt durch das baulich sehr schön angelegte Treppenhäus, das durch ein großes Fenster mit Licht durchflutet wird, zum Ober- und weiter zum Dachgehoß. Im Dachgehoß befinden sich große Klassenräume für Baugewerbe, Befeldungs- und Nahrungsmittelelgerbe, Gärtner, Industriearbeiter und kaufmännische Lehrlinge. Ein weiterer großer Saal ist als Vortrags- und Lichtbildsaal eingerichtet. Ein kleinerer Zwischenraum dient als Schreibmaschinenaal für den Unterricht der Bürolehrlinge und Kaufleute.

Im ausgebauten Dachgehoß sind zwei große Klassenräume für die weiblichen Jugendlichen. Ein Saal dient gleichzeitig als Musikaal, ein dritter Raum für den Unterricht in Säuglingspflege.

Hürth kann auf sein neues Berufsschulgebäude stolz sein. Die Konturen des Gebäudes traten so recht hervor, als am Abend die Fassade vom Elektrizitätswerk vergolgt aus Anlaß der Eröffnung der großen Gewerbeausstellung in Hürth mit Scheinwerfern bestrahlt wurde.

Während der Hürther Ausstellungswoche vom 4. bis 10. Mai ist Gelegenheit zur Besichtigung der Schule und ihrer Einrichtungen an jedem Tage von 16 bis 18 Uhr, und zwar in geschlossenen Gruppen unter Führung gegeben.

Was will der Volksverein?

Es sind Bestrebungen im Gange hier in Brühl wieder eine Ortsgruppe des Volksvereins für das katholische Deutschland zu gründen. Was will der Volksverein? Alle guten Gedanken und wertvollen Anregungen zur Erneuerung unseres Lebens in Familie, Wirtschaft, Staat und Gesellschaft bis ins letzte katholische Haus hineintragend. Warum gerade Volksverein? Er hat Unvergängliches geleistet durch die Förderung der sozialen Reform, durch die Hebung der einzelnen Berufsklassen, durch die Förderung des politischen Aufstieges der deutschen Katholiken, durch die glänzende Verteidigung der katholischen Wahrheit gegen die Angriffe einer ungläubigen Zeit. Seine Aufgaben waren und sind groß.

Wollen wir Katholiken ernstlich statt Zerrissenheit, Verdrängung und Verhöhnung, statt Entfremdung und Spaltung Einheit und Geschlossenheit, statt Evidentum und Entschiedenheit katholischen Glauben und Ordnung, statt geistiger Verdrängung wahre Volkstun, statt Zurückdrängung unseres politischen Einflusses die uns gebührende politische Geltung, dann brauchen wir den Volksverein.

Der Volksverein schafft die große Einheitsfront der deutschen Katholiken. Er fördert die christliche Ordnung im öffentlichen und privaten Leben. Der Volksverein ist die Pfingststätte unserer Kulturgüter. Er ist die berufene staatsbürgerliche Erziehungs- und Fortbildungsschule der deutschen Katholiken. Stärken wir seine Reihen! Einigkeit und apostolische Tat sei unsere Parole!

Stadtverordnetenversammlung.

(1) Brühl, 6. Mai 1930.

In der gestrigen Stadtverordneten-Sitzung kam zunächst die Vorlage über das Bauprogramm 1930 zur Sprache. Die Verwaltung legte einen Plan vor, der im Verwaltungs- sowie im Bauauschuß mehrmals durchberaten und die Zustimmung erhalten hatte. Demnach soll auf der Gg. Apfelfeld ein Bauhof errichtet werden, wobei sich im Erdgeschoß und im 1. Stock je 17 Wohnräume befinden. Ein Trockenstapel ist nicht vorgesehen, dagegen soll ein Trockenstapel geschaffen werden. Nur eine Waschküche ist vorhanden. Die Gesamtbaukosten mit Baustelle belaufen sich auf 72000.— M. Von dieser Summe werden 25000 M. aus der Hauszinssteuer entnommen.

Im Namen der Zentrumsfraction spricht Stadtv. Schmitt den Wunsch aus, die Verwaltung möge noch einmal nachprüfen, ob es nicht möglich sei, für dasselbe Geld kleinere Häuser zu schaffen damit die Familien nicht allzusehr zusammengeworfen würden. Ein Trockenstapel einzubauen sei nicht ratsam, wenn keine Heizung da sei und sonst die Feuchtigkeit in die Wände zöge.

Der Vorsitzende erwiderte hierauf, daß die Vorlage in den Ausschüssen zweimal durchberaten und dann einstimmig Annahme gefunden hätte. Man möchte, wenn geändert werden sollte, doch genau angeben, wie und was gewünscht würde. Wenn man den Plan auseinanderreißt, müßten auch mehrere Wände eingestrichen werden.

Stadtv. Clever spricht sich gegen das Projekt aus und will mehrstöckige Bauten sehen. Gleichzeitig bemängelt er die an der Bergmannsiedlung errichteten Einfamilienhäuser, wo die Zimmer so klein seien, daß man dort kein vollständiges Schlafzimmer aufstellen könne. Auch die Klostertanzen seien so geschaffen, daß man nur freistehende Räume benutzen könne. Das seien keine Arbeiterwohnungen.

Der Vorsitzende wies diesen Vorwurf zurück, da er die Verwaltung nicht trafe. Die Pläne zu diesen Häusern seien f. Bt. von der Stadtverordneten-Versammlung mit Einschluß der kommunikativen Fraction genehmigt worden. Stadtv. Kamm bedauert im Namen der sog. Fraction, daß die Pläne zu dem Bauhof, die doch von dem Bauauschuß angenommen seien, heute im Plenum nicht die Genehmigung finden.

Stadtv. Schmitt wundert sich, daß der Sprecher der sog. Fraction dem Projekt zustimmt. Die Kommunisten lehnten solche Rahmenbauten ab. Der Redner bezieht die Wohnkammer, welche in einem Ausmaß von 14 Quadratmetern vorgegeben seien als „Wohnkammer“ und läßt im übrigen seine Ansicht über das „kapitalistische System“ wieder einmal die Zügel schießen, was natürlich viel Heiterkeit erregt.

Stadtv. Martini gibt im Namen der Wirtschaftspartei die Meinung zum Ausdruck, daß wohl eine Waschküche zu wenig sei. Auch müßte eine Trockenlegegelegenheit geschaffen werden.

Stadtv. Gruhl bedauert es ebenfalls, daß jetzt noch Änderungsanträge kommen. Seine Fraction wäre mit dem Plan einverstanden.

Stadtv. Schmitt betont, daß die Zentrumsfraction stets für die Schaffung von gesunden, luftigen Wohnungen eingetreten sei und auch heute in der Fraction nach der Seite hin keine Veränderung eingetreten sei.

Nachdem Stadtv. Schmitt die Behauptung aufstellt, es seien zu wenig Wohnungen für die Arbeiterschaft geschaffen worden, weist ihm der Vorsitzende zahlenmäßig nach, daß von den 367 Wohnungen, die errichtet wurden, 235 allein von Arbeitern bewohnt würden. Auch will Schmitt es nicht sehen, daß man von den Unterhaltungsflächen der Wohlfahrtsvereine die Miete abhält. Ein Wohlfahrts-

empfänger könne keine Miete zahlen. Hierbei muß er sich wieder vom Vorsitzenden belehren lassen, daß dies nur nach den Richtlinien des Bezirks-Vorstandes geschieht, wobei Schmitt selbst mitgewirkt habe. Auch Stadtv. Kamm (Sog.) wies den Stadtv. Schmitt in die Schranken und betonte, daß man der Gerechtigkeit wegen betonen müsse, daß die Verwaltung viel für die Arbeiter getan habe. Man solle lieber nicht so einen großen Mund führen und sich nach außen hin lächerlich machen. Auch sei es nicht angebracht, große Reden vom Fenster hinaus zu halten. Ferner sei hervorzuheben, daß Leute, die unverschuldet in Not gerieten, stets bei der Verwaltung ein geneigtes Ohr gefunden hätten.

Stadtv. Gruhl stellt hierauf den Antrag auf Schluß der Debatte und Stadtv. Schmitt beantragt, die Vorlage zu vertragen. Beide Anträge werden angenommen.

In einer persönlichen Bemerkung hält Stadtv. Wald (Sog.) alsdann dem Stadtv. Schmitt ein Sündenregister vor und ruft ihm zu, er möchte doch mehr konsequent bleiben.

Punkt 2: Festsetzung des Müllabfuhrpreises 1930. Der Etat bewegt sich nach der neuen Müllabfuhr für 1930 mit M. 32500 (gegen 22600 M. im Vorjahr). Die Ausgaben setzen sich wie folgt zusammen:

	M.
1. An den Abfuhrunternehmer Jakobs	10.500
2. Lohn eines fahrb. Arbeiters	3.000
3. An Kippgeld für Benutzung der Kippstellen	2.810
4. Verzinsung des Anlagekapitals	2.400
5. Tilgung der Fahrzeuge	423
6. Tilgung der Gefäße	1.323
7. Unterhaltung der Wagen	720
8. Unterhaltung der Gefäße	420
9. Für außerordentliche städtischerseits vorgenommene Straßeneinigung, Sprengung usw.	8800
10. Verwaltungskosten	1800
11. Unvorhergesehene Ausgaben	304

Nach kurzen Ausführungen wird der Etat mit Mehrheit angenommen.

Der 3. Punkt der Tagesordnung: Ueberlassung der Turnhalle des Gymnasiums zu Übungszwecken an die sozialistische Arbeiterjugend entfachte eine sehr ausgedehnte Aussprache. Bekanntlich hatte die sog. Arbeiterjugend für ihre Zusammenkünfte den Wartesaal zu den Wannenbädern in der Alumnatschule in Benutzung. Da hierbei auch eine Propaganda für die sog. Weltanschauung betrieben wurde, so mußte ihr schließlich die Benutzung dieses Raumes auf mehrfache Beschwerde hin, untersagt werden. Sie möchte nun gerne die Turnhalle des Gymnasiums für ihre Zusammenkünfte haben. Stadtv. Schmitt erhebt im Namen des Zentrums hiergegen Einspruch, da von den konfessionellen Jugendverbänden derartige Anträge auch nicht gestellt würden. Falls es sich nur um sportliche Interessen handelte, könne ja die Turnhalle zur Verfügung gestellt werden.

Gegen diese Ausführungen wendet sich der Stadtv. Schwarzlopf (Sog.) und wirft den bürgerlichen Parteien Demagogie vor. Wenn der Antrag abgelehnt würde, dann wüßten sie (die Sog.), daß es sich nur um die sog. Jugend handle.

Stadtv. Kamm (Sog.) meint, der Grund der Ablehnung sei mit den Haaren herbeigezogen, da in der Turnhalle doch der Brühlverein und der Stahlhelm bis zu seiner Auflösung tagen hätten. Man solle doch nicht mit zweierlei Maß messen.

Stadtv. Wohlgenut (Sog.) wendet sich auch gegen die Ablehnung. Die sog. Partei hätte damals die Pennerische Villa für ihre Zwecke für 90.000 M. kaufen wollen. Aber die Stadt hatte sie dabei hingeraten und habe die Villa für 110.000 M. gekauft.

Stadtv. Gruhl (D.S.) wendet sich auch gegen den Antrag und bittet, die Schule für sozialistische Propagandazwecke frei zu halten.

Stadtv. Martini (W.P.) ist für die Ueberlassung der Turnhalle zu sportlichen Zwecken, eine andere Agitation dürfe aber dort nicht stattfinden.

Stadtv. Schwarzlopf (Sog.) glaubt dem Zentrum Intoleranz vorwerfen zu müssen indem er meint, wenn der Stahlhelm nicht verboten sei, wäre diese politische Organisation doch noch in der Turnhalle.

Demgegenüber betont Stadtv. Schmitt, daß das Zentrum immer tolerant gewesen sei. Wenn die sog. Arbeiterjugend eine Turn- und Sportabteilung habe, könne dieselbe ja bei der Benutzung der Turnhalle noch eingegliedert werden. Von der Benutzung der Turnhalle seitens des Stahlhelms habe das Zentrum bis jetzt keine Kenntnis gehabt, sonst würde seine Fraction denselben Standpunkt wie auch bei der sog. Arbeiterjugend vertreten haben.

Stadtv. Wald (Sog.) meint, daß die Vorlage die politischen und religiösen Gegner auf den Plan riefen. Es wäre besser, daß dieselben von den höheren Instanzen für die Benutzung gesungen würden. In Verbindung hiermit hebt der Redner hervor, daß damals vom Kreis 15.000 M. für das städtische Gymnasium bewilligt worden seien, wovon man die Hälfte für das Gymnasium verwandt habe.

Der Vorsitzende teilt hierauf mit, daß der Betrag für die höheren Schulen vom Kreis gegeben worden sei, weil ein großer Teil von auswärtigen Schülern die Anstalten besuchten. Der Betrag sei lediglich für die Beschulung gegeben.

Nachdem Stadtv. Debel (W.P.) die Turnhalle auch nur zu sportlichen Zwecken verwandt haben will, hat sich die Situation so geklärt, als ob es den Anschein habe, daß auch die Sozialdemokratie, wie überhaupt die ganze Versammlung damit einverstanden ist, daß die sog. Arbeiterjugend für die Benutzung der Turnhalle zu sportlichen Zwecken eingegliedert werden soll und Bürgermeister Freericks glaubt feststellen zu können, daß nach einer fundierten Unterhaltung doch Einmütigkeit in der Bergebung der Turnhalle in der Versammlung bestehe. Er hatte aber die Rechnung ohne den Stadtv. Schwarzlopf (Sog.) gemacht, der noch einmal den vollen Antrag mitteilte und sich nicht allein mit der Benutzung der Turnhalle zu inneren Zwecken begnügte, sondern auch die agitatorischen gewahrt wissen wollte. Er beantragte daher namentliche Abstimmung. Ein inwärtiger von Stadtv. Gruhl gestellter Veräußerungsantrag wurde zurückgezogen. Der Erfolg war, daß die Vorlage mit großer Mehrheit abgelehnt wurde. Für die Vorlage stimmten nur die Sozialdemokraten und die Kommunisten.

Es war mittlerweile 1/2 10 Uhr geworden und die Sitzung wurde wegen der vorgerückten Zeit abgebrochen und die übrigen Punkte der Tagesordnung vertagt.

Vollversammlung der Handwerkskammer Köln

Am Donnerstag, den 1. Mai ds. Js. trat unter dem Vorsitz des Präsidenten Peter Welter die Handwerkskammer Köln vormittags 10 Uhr im Dienstgebäude der Kammer zu ihrer diesjährigen ersten Vollversammlung zusammen.

Der Geschäftsführer Dr. Engels erstattete zunächst einen eingehenden Bericht über die Tätigkeit im abgelaufenen Geschäftsjahre.

Die vom gesamten Handwerk sehr hoch erwartete Besserung der wirtschaftlichen Lage ist leider nicht eingetreten. Im Gegenteil, der Wirtschaftskampf um die Erhaltung der Existenz hat Formen angenommen, die wohl kaum noch zu überbieten sind. Im Herbst war der gesamte Baumarkt trotz der verhältnismäßig guten Witterung bereits Ende Oktober 1929 zum Stillstand gekommen, wobei festzustellen ist, daß im ersten Vierteljahr 1930 der Beschäftigungsgrad im Baugewerbe schlechter war als in der gleichen Zeit des Vorjahres, obwohl im Jahre 1929 in den Monaten Januar bis März 1929 eine Beschäftigung im Rohbaugewerbe wegen des Frostes überhaupt nicht möglich war. Über auch im Bekleidungs- und Nahrungsmittelgewerbe und den anderen weiterverarbeitenden Berufen ist eine erhebliche Umsatzminderung zu verzeichnen.

Da die Betriebe nun zum großen Teil auf eine größere Produktionskapazität eingestellt sind, aber nicht voll ausgenutzt werden konnten, und die laufenden festen Unkosten trotz verminderter Umsätze nicht gesenkt werden konnten, ist auch die Rentabilität gegenüber dem Vorjahre im allgemeinen niedriger. Die Gewinnmöglichkeiten werden des weiteren stark beeinträchtigt durch auffallend hohe Zinsverluste, durch schlechten Zahlungseingang, notwendig gewordene Gewährung von Zahlungsnachlässen, uneinbringlicher Forderungen und dergl. besonders aber auch durch das außerordentlich hohe Zinsniveau und durch die stark angewachsene Verschuldung des Handwerks im allgemeinen.

In rein ländlichen Bezirken fällt ersichtlich ins Gewicht die Verschuldung und stark gesunkene Kaufkraft der Landwirtschaft. Nach zahlreichen Feststellungen schwankt der Rückgang der Umsätze im Vieh- und Ausbaugewerbe zwischen 20 und 40 Prozent der Umsätze des Vorjahres. Schuld an dieser Erscheinung ist, abgesehen von der allgemeinen Verschlechterung der Wirtschaftslage der außergewöhnlich lange Winter des letzten Jahres, die starke Zunahme der Anzahl der Betriebe im Ausbaugewerbe und die damit verbundene Preisgestaltung bei Submissionen, sowie die Unmöglichkeit, die allgemeinen Betriebskosten auf das Niveau zu senken, das dem verminderten Umsatz in etwa entsprechen hätte. Insbesondere muß noch erwähnt werden, daß auch im Holzgewerbe sich die Lage außerordentlich verschlechtert hat.

Auch im Bekleidungs- und Nahrungsmittelgewerbe sind die Umsätze zurückgegangen, was vielleicht für das Schneidergewerbe auf die zu spät einsetzende Frühjahrs- und Herbstfashion zurückzuführen ist. Im allgemeinen dürfte aber die geringere Kaufkraft der Bevölkerung den Umsatz vermindert haben.

Im Lebensmittelgewerbe ist im Fleischgewerbe die Aufgabe zu berücksichtigen, daß die Fleischverkaufspreise den gewaltig gestiegenen Schweinefleischpreisen nur ganz zögernd folgen konnten. Auch hier sind die tatsächlichen Umsätze zurückgegangen, ebenso im Bäckerei- und Konditoreiengewerbe. In den rein ländlichen Bezirken wird über die zunehmenden Haushaltskürzungen geklagt. Leider fehlt es zur Zeit noch an einer wirksamen Handhabe, diese Konkurrenz zu bekämpfen.

Die wirtschaftliche Gesamtlage des Handwerks im Bezirk wird noch weiter beleuchtet durch die zunehmende Zahl der Vergleiche und Konkurse. Zunächst sind der Kammer im verwichenen Umfang Aufträge von Handwerkseignern auf Eröffnung des Vergleichsverfahrens zur Begutachtung vorgelegt worden, weiter sind Handwerksbetriebe in stärkerem Maße als bisher an Konkursen und Vergleichsverfahren beteiligt gewesen.

Während des Berichtsjahres beschäftigte sich die Kammer auf wirtschafts-politischem Gebiet mit der Einführung der Reichsverordnungsordnung (RVO), deren Durchführung im verwichenen Berichtsjahre erhebliche Schwierigkeiten bereitete. Die Errichtung eines besonderen Verbindungsausschusses, der sich mit allen Fragen des Verbindungswesens und besonders mit der Durchführung der RVO befaßt, ist in Aussicht genommen. Ferner befaßte sich die Kammer eingehend mit der Abänderung des Schiedsgerichtes und mit der Reform der Mündelsicherheit.

Wegen der Durchführung des Vergleichsverfahrens haben verschiedene Befragungen mit den Industrie- und Handelskammern der Rheinprovinz stattgefunden, in denen Richtlinien für die Durchführung der Vergleichsverfahren aufgestellt wurden, die allen Konkursrichtern überreicht wurden.

Eingehend wurde auch der Entwurf eines Brotgesetzes und die Grundzüge für die Durchführung des Lebensmittelgesetzes behandelt. Auf dem Gebiete der Sozialpolitik und der Sozialversicherung wurden im vorigen Jahre folgende für das Handwerk wichtige Gesetzesentwürfe eingehend behandelt: Das Berufsausbildungsgesetz, das Arbeitschutzgesetz, die Reform der Arbeitslosenversicherung und die Reform der Krankenversicherung.

Seitens der Handwerkskammer wurde auf dem Gebiete der Steuerpolitik eine intensive Tätigkeit entfaltet und vor allen Dingen an den Vorarbeiten für die kommende Finanzreform mitgewirkt.

Im Bestand der Handwerksorganisationen hat sich wenig geändert.

Am 1. September 1929 bestanden im Handwerkskammerbezirk Köln 73 freie Innungen, 115 Zwangsinnungen, 11 Innungsauslässe, 58 Vereine.

In die Lehrlingsrolle wurden eingetragen: a) bei der Handwerkskammer 2952 Lehrlinge, b) bei den Innungen rd. 3570 Lehrlinge.

In der Berichtszeit haben 4352 Gesellenprüfungen stattgefunden einschließlich der Prüfungen bei den Innungen, soweit diese berichtet haben. Der Meisterprüfung haben sich 892 Personen unterzogen, davon 45 mit Auszeichnung, 670 mit gut, 136 mit genügend und 41 haben nicht bestanden.

Der Haushaltsplan für das Rechnungsjahr 1930-31 wurde nach eingehender Aussprache genehmigt, dabei sind die Zuschläge zu den Gewerbesteuergrundbeträgen von 36 auf 33 Prozent gesenkt worden.

Die neue Satzung der Handwerkskammer wird in Paragraph 39 dahingehend geändert, daß der Gesellenausschuß sich um eine sachverständige Person ergänzen kann.

Die Lehrlingshöchstzahlen im Malergewerbe wurden nach dem Rheinisch-Westfälischen Innungsverbande aufgestellten Richtlinien genehmigt.

Die neue Gesellenprüfungsordnung für das Friseurgewerbe wird genehmigt.

Zum Schluß wurden aus der Versammlung heraus noch verschiedene Anregungen vorgebracht, mit denen sich die Kammer in der kommenden Zeit noch eingehend beschäftigen wird.

Bon der katholischen Schulorganisation Deutschlands.

In der vergangenen Woche haben 3 bedeutende Veranstaltungen der katholischen Schulorganisation in der Reichshauptstadt stattgefunden. Zunächst war es die Generalversammlung der preussischen Diözesen- und Bezirksverbände, die jedes Jahr, wenn möglich in einer Diözesanhauptstadt, zusammentritt und dieses Jahr als Tagungsort Berlin gewählt hatte.

Zweit und Aufgabe dieser Generalversammlungen ist es, aus einem Rückblick auf das vergangene Schuljahr und einer eingehenden Behandlung der gegenwärtigen Schulfragen das Arbeitsprogramm für das neue Schuljahr und die gesamte Betätigung der katholischen Schulorganisation in den preussischen Diözesen und Bezirken zu erarbeiten. Infolge dessen fanden im Mittelpunkt der zweitägigen Beratungen der Generalversammlung eingehende Referate und Aussprachen über folgende Themen:

1. Die Enzyklika über die christliche Erziehung der Jugend.
2. Schulpolitische Fragen der Gegenwart.
3. Volksschulfragen und Volksschulaufgaben der Gegenwart.
4. Die katholische Reichsarbeitsgemeinschaft „Kinderwohl“.
5. Berufs- und Fortbildungsschulfragen.
6. Gegenwärtiger Stand des deutschen, besonders des katholischen Privatunterrichts.
7. Die Wahrung katholischer Interessen im Grenz- und Auslandschulwesen.
8. Organisationsfragen (Organische Einfügung der Elternbeiräte in den gesamten Aufbau der katholischen Schulorganisation).

Die Generalversammlung hatte die hohe Ehre, den Hochwürdigsten Herrn Bischof Dr. Christian Schreiber in ihrer Mitte zu sehen, der am Morgen des zweiten Beratungstages eine Pontifikalmesse zelebrierte und in seiner Ansprache als letztes Ziel aller Arbeit am katholischen Schule seine Einführung zum göttlichen Kinderfreunde, dem lebendigen Christus im Tabernakel bezeichnete.

Am 3. Tage schloß sich an die Generalversammlung die Konferenz des preussischen Landesauschusses der katholischen Schulorganisation an, zu der sich neben den Teilnehmern der Generalversammlung auch die Vertreter der Schule nachstehenden Verbände und Mitglieder von Schulbehörden und Ministerien eingeladen hatten. Im Mittelpunkt dieser Beratungen standen neben den Fragen der Neuwahlen zum Landesvorstande und Landesauschulpolitische Erörterungen.

Anschluß der beiden Veranstaltungen hatte die Diözesanleitung der katholischen Schulorganisation für die Diözese Berlin, die sich vor einiger Zeit neu konstituierte, zu einer Kundgebung der Freunde und Förderer des katholischen Schulentums vor allen Dingen der Eltern, Lehrer und Geistlichen aufgerufen. Über 2000 waren der Einladung gefolgt und füllten den großen Saal der Handwerkskammer bis auf den letzten Platz. Wohl zum ersten Male dürfte in Berlin ein Bedürfnis für die Förderung der katholischen Schulorganisation, „Katholische Schulen für katholische Kinder“ und „Berücksichtigung katholischer Weltanschauung in allen Schulanlagen“ in solch massiver Kundgebung erfolgt sein. Um den Bischof, der mit eifrigster Begeisterung empfangen wurde, geschalt, lauschten zahlreiche Vertreter aus den Regierungen und Ministerien, aus den Lehrern und Lehrerinnenorganisationen, aus dem Berliner und auswärtigen Klerus und alle noch anwesenden Diözesan- und Bezirksführer der katholischen Schulorganisation in Preußen den aus reichlicher Großherabsetzung gesprochenen Begrüßungsworten des Herrn Bischof Schreiber, der die Notwendigkeit einer starken katholischen Kulturfront für das katholische Erziehungswesen und den Kampf gegen die sozialistische-liberalen Gegnerschaft forderte. Mit steigendem Interesse folgte die Versammlung dann den wohlwollendsten und tiefgründigsten Ausführungen des 1. Vorsitzenden der Berliner Schulorganisation Doctord. Dr. als Mitglied des Provinzialschulkollegiums und der Berliner Schulkonferenz mit sachmännischem Blick und reicher Erfahrung über „Die Katholiken und ihre Schulen“ vom Beifall oft unterbrochen referierte. Und dann kam der Höhepunkt des Abends, als Bischof Dr. Christian Schreiber in seiner ebenso tiefgehenden wie volkstümlichen Art und Weise die Grundgedanken der päpstlichen Enzyklika über die

Das Schnellfrühstück — hundert Jahre zu früh erfunden.

Eine kuriose Jahrhundertfeier war dieser Tage in Paris fällig. Waren doch gerade 100 Jahre seit dem Tag vergangen, an dem der Bicomte de Betherel in spekulativem Ueberreifer daran ging, die Straßen der Hauptstadt mit Restaurationsomnibussen zu beleben. Er hatte 48 dieser besonders konstruierten Fahrzeuge in Dienst gestellt, von denen 24 alle möglichen Weinsorten, 12 warmes Essen und 12 weitere kalte Platten mitführten. Diese rollenden Restaurants sollten den Parisern Gelegenheit geben, unterwegs eine flüchtige Mahlzeit einzunehmen, ohne daß sie dadurch ihre Tätigkeit zu unterbrechen brauchten. Der Plan schien so ausfallsreich, daß der optimistische Bicomte fünfzehn besondere Kutschen zur Versorgung seiner rollenden Restaurants eingerichtet hatte. Bald stellte sich aber heraus, daß er sich bei der Kalkulation verrechnet hatte, so daß er den Preis der Gerichte um je einen Sou zu erhöhen genötigt war. Dieser kleine Preisausschlag genügte aber, die sparsamen Pariser in Harnisch zu bringen. Sie begnügten sich nicht, die fahrenden Restaurants zu boykottieren, sondern nahmen sie zur Zielscheibe ihres Wüthes, und unter dem heißen Gelechte wurden die Omnibusse und ihr Gründer begraben, den seine Spekulation an den Bettelstab gebracht hatte. Er hatte das Recht, das Schnellfrühstück 100 Jahre zu früh erfunden zu haben: heute wäre er mit seiner Erfindung ein reicher Mann geworden.

Westdeutscher Rundfunk.

Mittwoch, 7. Mai 1930.

6.45-7.00 Leibesübungen. — 7.00 Wettervorhersage. — 7.05-7.30 Morgensonnt. — 7.30-8.30 Brunnenkonzert aus Bad Deynhausen. — 8.30-8.50 Mutter und Kind. — 10.15-11.15 Schallplattenkonzert. — 11.20 bis 12.00 Musikalisches Schulspiel. — 12.10 Mechanische Musik. — 13.05-14.30 Mittagskonzert. — 14.30 Radiofrage fürs Haus. — 15.00-15.30 Handarbeitsstunden für junge Mädchen. — 15.30 Wirtschaftsberichte. — 15.45-16.05 Karthago, die Stadt des Europäischen Weltkongresses. — 16.05-16.25 Zum 50. Todestag Gustav Hauberts. — 16.25 Zweite Wirtschaftsmeldungen. — 16.25-16.45 Lebende Dichter. — 16.45-17.30 Kunstpädagogische Arbeitsgemeinschaft. — 17.30-18.30 Vesperkonzert. — 18.30-18.50 Die Stadt, Verfassung und Verwaltung. — 18.50 Vom Tage. — 19.15-19.40 Wirtschaft und Gesellschaft im Buch. — 19.40-20.00 Die wirtschaftlichen Räume. — 20.00-21.00 Abendmusik. — 21.00 Der heitere Mittwoch. — Anschl. Letzte Meldungen, Bericht über das geistige Leben, Sportbericht. — Anschl. bis 24.00 Nachtmusik und Tanz.

Manuela

Roman von Gustav Rehfeld.

77) Nachdruck verboten.

Desto ruhiger verkehrte Bassewitz: „Sie werden mich sogleich verstehen! Sie fragten vorhin, woher ich das Blatt aus dem Kirchenbuch hätte! Ganz einfach: — ich habe es gestohlen! Ich war bei dem Tode Ihres Rufins zugegen und eignete mir bei dieser Gelegenheit, einem dunklen Drange folgend, den Trauschein des Grafen Bobo an, den die Mexikanerin achlos zur Erde fallen ließ. Ein Gespräch mit einem Kameraden belehrte mich dann über das Vermögen des alten Grafen Wibleben, dessen einziges Kind der Verstorbenen war, und das nun an die verstoßene Tochter des Haciendaros de Rivas fallen mußte, wenn sie einen Erben oder eine Erbin zur Welt brachte. Vier Wochen später traf ein Brief aus Deutschland ein, der durch Zufall in meine Hände geriet und den ich gleichfalls sorgsam aufbewahrte. Dieser Brief — an den verstorbenen Leutnant Bobo von Wibleben gerichtet — war von Ihnen, Herr von Verjen!“

„Von mir!“ entfuhr es dem Freiherrn.

„Sehen Sie,“ grinst Bassewitz, „Ihr Interesse wächst! Ja, von Ihnen!“

„Hm!“ machte Verjen, sich zur Ruhe zwingend. „Und was weiter?“

„Weiter nichts, als daß er für mich sehr kostbar war!“ lautete die scharfe Antwort. „Er bezeugt, daß der Freiherr von Verjen um die Heirat wußte, von welcher sein Vater ihm Mitteilung gemacht hatte, ja, daß er sogar vollkommen davon unterrichtet war, und daß, wenn er hernach sich weigerte, die Berechtigung der jungen Gräfin anzuerkennen, wenn

er die arme Frau, die, von ihrem Gatten an ihn gewiesen, vertrauensvoll zu ihm kam, auf die Straße warf, wofür sie nur durch einen Zufall nicht zu Grunde ging, dies einzig und allein geschah, um selbst die ganze Hinterlassenschaft seines Onkels einzutreiben zu können. Wie andere Leute, an deren Meinung dem Freiherrn von Verjen vielleicht mehr liegt als an der meinigen, dies nennen würden, — nun, ich will darauf nicht weiter eingehen!“

Der Erzähler machte eine wohlberedete Kunstpause, aber der Freiherr sah wort- und bewegungslos da.

„Nun, — und dann hielt ich es für geraten, mich zum Schluß auch noch des Blattes aus dem Kirchenbuche von San Geronimo zu bemächtigen!“ schloß der Gauer. „Mit diesen drei wertvollen Papieren versehen, jagte ich den Franzosen Balot und kam nach Deutschland, um hier meine eigenen Interessen wahrzunehmen! Wie das jedoch so im Leben kommt, — ich fand die Gelegenheit dazu nicht günstig und unternahm deshalb anderes, machte weite Reisen, bis ich dann schließlich mich auf dieses Geschäft besann.“

Der Freiherr schloß sekundenlang die Augen. Der Mann, der ihm da mit höflichem Grinsen gegenüberstand, kannte sein Geheimnis. Was er ihm verkaufen wollte, war nicht bloß der Beweis der rechtmäßigen Ehe seiner Nichte, sondern auch der Nachweis seines schändlichen Handelns. Daß er das Vermögen der waren Erbin verpielt, verschwendet, verpulvert hatte, das wußte der Geheimrat Conventinus. Wie aber, wenn er nun auch noch von der bodenlosen Infamie erfuhr, deren er sich damals schuldig gemacht hatte? Und dieser Bassewitz würde nicht zögern, sofern er sich mit ihm einigte, alles aufzudecken. Diese Schande, — wie sollte er sie ertragen? Aber was würde ihm übrig bleiben? Er war heute schon einmal vor dem Gelehrten

erötet, — er würde es ein zweitesmal müssen. Doch er schloß endlich auch das Wissen, wenn er nur half. Wenn er nur Mittel und Wege fand, daß der Gauer die Papiere nicht an das Licht des Tages brachte, daß nicht seine Kinder von seinem Schurkenstreich erfahren, daß sein Leben nicht das Ende nahm, welches ihm drohte, wenn alles offenbar ward.

Ein unheilvoller Strahl zuckte aus seinen Augen nach einem Fache eines Schreibtisches bei dem letzten Gedanken. Daß jenes lag eine kleine Waffe. Ein Dorn, ein Knall und alle Not hatte ein Ende. Doch dazu war noch immer Zeit. Erst die letzte Karte auspielen!

„Verlieren wir nicht länger unsere Zeit mit unnützen Reden!“ sagte er mit gutgepielter Gleichgültigkeit. „Wieviel fordern Sie als Preis für Ihr Geheimnis?“

Das Gesicht des Gainers leuchtete auf. Er war auf einen längeren Kampf gefaßt gewesen, und nun war schon das Ziel, — das schnellst erwartete Ziel da! Der Freiherr fürchtete die Enthüllung der Dokumente so sehr, daß er ohne weiteres schon sogleich die Waffen streckte!

„Wieviel?“ lächelte er. „Natürlich so viel als möglich!“

„Die Summe!“ betonte Verjen.

„Wenn ich mit meinen Papieren zur Gräfin Wibleben gehe,“ sagte der Gauer, tüdlich lächelnd, „verlieren Sie alles, — die ganze Hinterlassenschaft Ihres Oheims! Nun, ich habe mich ertübt, wie groß dieselbe war. Sie betrug über sechs Millionen!“

„In der Tat,“ rief Verjen erstaunt, „so viel betrug sie!“

„Ich weiß nicht,“ fuhr Bassewitz nachlässig fort, „ob sie seitdem durch Ihre Bemühungen gewachsen ist!“

„Sie sind sehr gütig, daß Sie mir das zu- trauen!“ verneigte Verjen in einem lässlichen

Tone, daß der Argwohn des Glückstüters dadurch hätte erregt werden müssen, wäre er nicht gar so sehr voller Triumph gewesen. „Da Sie aber so trefflich unterrichtet sind, werden Sie auch wissen, daß in die sechs Millionen für mindestens die Hälfte Immobilien — wie Güter — eingebegriffen sind!“

„Ich weiß das — und die lassen sich nicht so gleich verkaufen! Schadet nichts! Dafür repräsentiert dieses Haus einen bedeutenden Wert nach den heutigen Grundstückspreisen — einen sehr bedeutenden sogar. Und die andere Hälfte der Erbschaft legten Sie in guten Papieren an!“

„Schön! Also?“

„Wie gesagt, Ihre Nichte würde Ihnen alles nehmen! Ich — begnüge mich mit der Hälfte!“

„Mit der Hälfte?“

„Ja, mit drei Millionen!“

Frage und Antwort fielen Schlag auf Schlag, sonst verriet nichts an beiden Männern die Erregung ihres Gemüths.

Nach einer Pause fuhr der Gauer fastblutig fort: „Dissen gestanden, — als ich dieses Haus betrat, fragte ich mich, ob ich nicht auch davon die Hälfte beanspruchen könnte! Wer nein, so will ich nicht! Geben Sie mir meinen Anteil in bar, — dafür erhalten Sie dann die Dokumente! Einverstanden?“

„Ich will Ihnen eine Million für die Papiere geben! Das ist mehr als teuer bezahlt!“

„Eine Million? Ich empfehle mich Ihnen, Herr von Verjen! Ich weiß eine Adresse, wo man mir gerne drei, vier, fünf Millionen geben wird!“ Der Gauer erhob sich und näherte sich der Tür.

Hastig rief Verjen: „Nicht so eilig, mein Beiler!“

(Fortsetzung folgt.)

Der praktische Landwirt

Beilage zur „Brühler Zeitung“

Illustrierter Ratgeber
für
Gartenbau u. Kleintierzucht
Land- und Hauswirtschaft
Erscheint wöchentlich

Schiefliegende Bäume

(Mit Abb.)

(Nachdr. verb.)

Bilden nicht gerade eine Herde des Gartens. Besonders frisch gepflanzte, in lockerem Boden stehende, junge Bäume, werden oft vom Winddruck in eine schiefe Lage gebracht. Solche Bäume lassen sich sehr gut gerade richten, indem man unterhalb der Krone einen Strich anbringt, mittels dessen man den Baum in die rechte Lage bringt. Damit die Wunde sich an dem Strich nicht schmerzhaft, bringt



man an der Stelle, wo Wunde und Strich sich berühren, ein Stück alten Gummischlauchs an. Am Erdboden muß der Strich mit einer Schlaufe an einem Pfahl befestigt werden, der schräg in den Boden getrieben werden muß, wie es unsere Abbildung zeigt. Auf diese Weise behält der Baum seine gerade Stellung. Es ist eigentlich überflüssig, zu sagen, daß man darauf zu achten hat, daß der Baum nicht zu hart mit einem Male angezogen wird, weil er sonst brechen kann. Am besten ist es, wenn die Arbeit von zwei Leuten gemacht wird, der eine drückt den Baum langsam zur Seite, der andere schält den Pfahl ein.

Baumkürzlinge im Monat Mai.

(Nachdr. verb.)

Wohl dem, der seine Obstbäume vorbeugend bespricht und behandelt hatte, denn ein Beer von Raupen bedroht ist jetzt. Manche haben als Eier überwintert, so Ringel-, Schwamm-, Kesselfraß, Blauspinn, Blauspinn und Kesselfraß. Andere als Raupen, z. B. Goldfalter, Schwan, Weibling und Kupferfalter. Einzelne sogar als Schmetterlinge, wie der bekannte Fuchs.

Durch Abklopfen kann hier noch manches erreicht werden. Auf diese Weise fällt auch der Schmalbauch von den Kirschenreizen und der Pfauenspinne von den Kirschen und Pfauenspinne. Letzterer benagt zuerst die Triebe und legt später seine Eier in junge Früchte. Dann wird deren Stiel durchgebeißt, damit die Frucht abfällt. Im Ende Mai vernichtet man daher sorgfältig jede aufgekesselte Kirsche oder Pfau. Zu einer wahren Landplage, besonders seit einigen Jahren in Sachsen, kann die Pfauenspinne werden, die mit Beginn der Kirschenblüte den Fruchtnoten und den Kern der eben angelegten Frucht frisst. Auch in das Mark der Triebe bohrt sie die Schädlinge ein, so daß diese vertrocknen. In der ersten Junihälfte kann man durch Aufhängen und nachfolgendes Beklopfen die oberflächlich liegenden Puppen zerstören.

Wo an einer unreifen Pfau ein Rotkumpfen oder eine Saratane zu sehen ist, da ist die Larve der Sägewespe drinnen. Nicht nur die bereits abgefallenen Früchte wird man daher vernichten, sondern auch die durch Schütteln heruntergekommenen.

Den Apfelbäumen wird die Gespinste m. o. t. besonders gefährlich. Abschneiden der Gewebe, Abklopfen und Beklopfen der Äste mit Insektengift wird empfohlen. 3. B. auf 100 Liter Wasser 1200 g Schwefelkalk und 200 g Schwebelkalk, ferner Petroleum oder die besten Mischungen.

Die Schädlinge sind im Mai so art- und fortpflanzenreich, daß obiger Auszug keinen Anspruch auf Vollständigkeit erheben darf.

Anbau der Erdbeeren.

Von Gartenbauinspektor R.

(Nachdruck verboten.)

Die Erdbeeren gehören zu den dankbarsten Pflanzen, die bei einiger Pflege und richtiger Sortenwahl alljährlich eine reiche Ernte bringen. In der Nähe der Städte macht sich die Feldkultur der Erdbeeren immer bezahlt. Aber auch in jedem Haus- und Kleingarten sollte ihnen ein möglichst großer Platz eingeräumt werden.

Auf die Wahl des Bodens ist beim Pflanzenanbau großer Wert zu legen. Ein guter Boden für Erdbeeren soll vor allen Dingen leicht sein, weil die Pflanzen im Sommer ein großes Wasserbedürfnis haben. In feuchtem Boden gedeihen Erdbeeren immer — einerlei, ob dieser mehr Sand oder mehr Lehm enthält. In trockenen Bodenarten ist aber der Lehm Boden dem Sandboden vorzuziehen. Die Lage soll sonnig und geschützt sein. Zugwind ist zu vermeiden. Leichter Schatten von in weiten Abständen gepflanzten Obstbäumen schadet in fei-

ner Weise. Aus diesem Grunde wird die Erde beere fast überall als Unterkultur in Obstanlagen benutzt.

Die Vorbereitung des Bodens besteht in gründlicher Lockerung und reichlicher Düngung. Auf die Beseitigung etwa vorhandener Wurzeln von ausdauernden Unkräutern, wie Quecke, Distel, Schachtelhalm usw. ist besonderer Wert zu legen. Nichts ist häßlicher, als eine verunreinigte Erdbeerpflanzung.

Bei den Erdbeeren sind zwei Pflanzzeiten möglich und üblich, wobei die zeitlichen und klimatischen Verhältnisse zu berücksichtigen sind. Für das Frühjahr gilt der Grundsatz: Je früher, desto besser. Im allgemeinen wird der Monat August für die beste Zeit zum Verpflanzen der Erdbeeren gehalten. Unter vielen Verhältnissen wird aber eine spätere Pflanzung vorteilhafter sein. Bei größeren Pflanzungen hat man mit einer Septemberpflanzung, ja selbst mit einer solchen Anfang bis Mitte Oktober günstige Ergebnisse zu erwarten. Heißes, trockenes Augustwetter ist den jungen Pflanzen immer gefährlich. Bei großer Hitze geht es auf dem Verlandwege selten ohne Schaden ab. (Schluß folgt.)

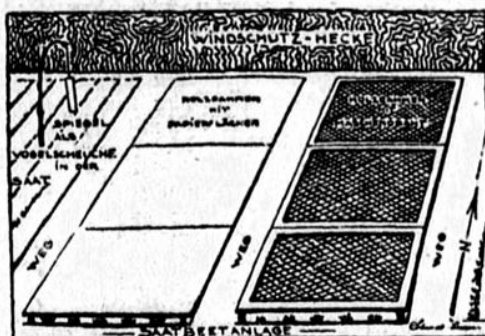
Schützt die Saaten!

Von H. Schmidt, staatl. dipl. Gartenbauinspektor, Dessau.

(Mit Abb.)

(Nachdr. verb.)

Der Schaden, welcher unseren Aussaaten durch Witterung, tierische und pilzliche Schädlinge zugefügt werden kann, läßt sich im kleinen sehr wohl verhindern. Um die pilzlichen Schädlinge, welche vielfach am Saatgut haften, zu vernichten, ist eine Weizung des Samens vorzunehmen, da wir niemals die sichere Gewähr für eine völlig gesunde Saat haben. Den Bohnen und Erbsen haftet oft der Rostpilz an, und der Brandpilz den Zwiebeln. Die Landwirtschaft bedient sich der Weizung bereits in viel umfangreicherem Maße, als solches bisher bei den gärtnerischen Sämereien geschah. Während in der Landwirtschaft vielfach die Mahlsäcke in Großbetrieben bevorzugt wird, ist für den Gartenfreund die Trockenbeizung, weil es sich um kleinere Mengen handelt, zu empfehlen. Die Industrie hat uns eine große Anzahl solcher Beizmittel auf den Markt gebracht, die für diese oder jene Saat noch besondere Vorteile hat, darunter verweise ich, daß manche Arten eine schnellere Entwicklung beim gekeimten Saatgut zeigen.



Nach Beseitigung der pilzlichen Schädlinge gilt es, Schutzmittel gegen Tiere zu gebrauchen. Hier ist das Vermischen der Samen mit Mennige im großen wie im kleinen sehr gut anwendbar, wodurch den Schädlingen das Freisetzen der Saat verleidet wird. Mische und Mischungen der Mennige getreut, hält die Schnecken fern. Auch wird Misch, Mische und Misch mit gutem Erfolge durch Aufstreuen gegen Erbsen vermischt. Diese treten an unseren Kirschen besonders zahlreich bei trockener Witterung auf, aber auch gutes Spritzen und reichliche Feuchtigkeit kann im Kampf gegen diesen Schädling helfen. Zum Schutz gegen Vögelfraß sind Scheuchen an Stäben aufzuhängen, und die Saatflächen mit Reisig, Reben, Papier oder Maschendraht zu bedecken (siehe Abbildung).

Je zeitiger und schneller unsere Ausaat bei günstiger Entwicklung vorwärts schreitet, um so eher können wir mit lohnenden Früchterträgen rechnen. Das verlangt uns, Vorkehrungen zu treffen, die die frühen Aussaaten vor Schaden zu bewahren. Der Frostschaden kann natürlich nur während der Keimzeit ständig aufpassen, dann ist er zu entfernen, weil sonst ein Verwelken der Pflanzen eintritt. Torfmüll auf die Reihen gebracht, tut hierbei gute Dienste, ebenso Fichtenzweige. Jeder Schutz muß so angebracht sein, daß er vom Winde nicht hinweggeweht werden kann. Nach dem Aufgehen, sind die Keimpflanzen zwecks Kräftigung frei von der Decke zu halten. Nur dann, wenn die Saaten durch anhaltende Kälte einen Schutz haben müßten und sich „Längsbein“ entwickelt hatten, ist eine allmähliche Gewöhnung an die starke Frühjahrs- und Sommerhitze notwendig. Ein völliges Abdecken ohne Schatten führt sonst zur Vernichtung der Sämlinge.

Unser Gemüsegarten im Mai.

(Nachdr. verb.)

Der Mai ist, was die Witterung anbetrifft, oft noch sehr trügerisch. Schärferer Nachfröste treten meist um die Mitte des Monats ein. Daher ist mit der Ausaat bzw. Pflanzung solcher Gemüse, die auch leichteren Frösten zum Opfer fallen, bis nach Mitte des Monats zu warten. Mit zunehmender Wärme wird auch das Wachstum immer reger. Vor allem gilt dies vom Unkraut. Darum gleich die Erde heraus. Wer im Mai fleißig hackt, spart sich für später manche Arbeit und manchen Verdrub. Mit steigender Wärme muß auch dem Gießen wieder Beachtung geschenkt

werden. Während in den ersten Wochen des Mai meist nur die schwachwüchsigen Gemüse ein Gießen nötig haben, können je nach Witterung gegen Ende des Monats auch die tiefwüchsigen schon unter Trockenheit zu leiden haben. Falls die Aprilausaat von Kohlgewächsen nicht recht geblieben ist, kann jetzt noch die Ausaat wiederholt werden. Buschbohnen, in günstigen Lagen auch Stangenbohnen, können gelegt werden. Mit dem Legen von Gurken und Kürbis warnte man lieber bis nach den drei Eisheiligen. Gegen Ende des Monats sind auch gut vorbereitete Tomatenpflanzen ins Freie zu bringen. Saatbeete sind rechtzeitig auszuräumen. Säen und Saden ist jetzt eine Hauptarbeit im Gemüsegarten. Frühkartoffeln werden bepflanzt. Erdfröste bekämpft man durch Frühhalten der Beete, auch ein Bestreuen derselben mit Laubstreu bringt Abhilfe. Die Spargelernte ist in vollem Gange. Bei warmem, sonnigem Wetter kann täglich bis dreimal geerntet werden. Ferner erntet man Rhabarber, Radies, Mairüben und den ersten Salat th.

Mairarbeiten des Taubenzüchters.

Von Paul Hohmann, Jerbst.

(Nachdruck verboten.)

Von den jetzt sich auf dem Schlage vorfindenden jungen Tauben suchen wir uns diejenigen aus, die wir für nächstes Jahr zur Zucht einstellen wollen. Wir legen ihnen zur rechten Zeit Jahresringe um. Sind nun jetzt auch wirklich soviel einzelne Klobchen auf dem Schlage vorhanden, daß auch jede Jungtaube einen gesicherten Platz hat? Andernfalls hütet diese Arbeit besorgte! Dafür was mit den langen Stangen, die auf dem Taubenschlage zur Anbringung der Nester da sind und auch als Schlafgelegenheit dienen sollen; denn sie sind doch bloß die Quelle des Strettes. Der Rasttaubenzüchter, dessen Tiere keinen freien Flug haben, hat darauf bedacht zu sein, daß sie neben Gerste, Weizen u. a. auch kleine Sämereien erhalten: Gans (Spisstaar), Weizen, Hanf, Datt und dergleichen. Er muß auch die flügelnden Jungtauben absperrern und sie besonders gut füttern, damit sie späterhin dem Federwechsel glatt überstehen.

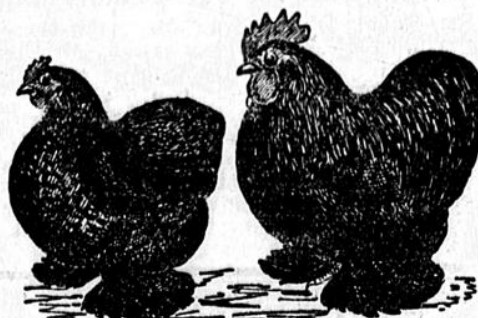
Schwarze Zwerggallin.

Von Paul Hohmann, Jerbst.

(Mit Abb.)

(Nachdr. verb.)

Die schwarzen Zwerggallin, von denen wir eine wohlgezeichnete Abbildung bringen, gab es bereits im vorigen Jahrhundert. Direkt aus China kamen gelbe Zwerggallin schon im Jahre 1860 nach England, aber erst ungefähr 25 Jahre später nach Deutschland. Für dieses erste Paar Zwerggallin in Deutschland sollen 1200 Mark gezahlt sein. Ihre Zucht war aber damals schon aus dem Grunde nicht ergiebig, weil es an Zuführung fremden Blutes fehlte. Erst als man nicht mehr darauf angewiesen war, aus China selbst fremdbürtige Tiere zu beziehen, wurden die Zuchtergebnisse günstiger. Zu damaliger Zeit entstanden denn auch die schwarzen Zwerggallin, die ein getreues Spiegelbild ihrer großen Väter sein sollen und auch tatsächlich sind, sofern es sich um keine Exemplare handelt.



Die schwarzen Zwerggallin haben einen breiten, tiefgestellten, kurzen Körper. So daß man sie tatsächlich klumpig nennen kann, umso mehr als sie auch den an sich schon kurzen Hals etwas eingezogen halten. Die breite, volle Brust trägt viel an ihrer Kugelform bei, die auch nicht durch Schwanzfedern gestört wird; denn an Stelle der harten Schwanzfedern und straffen Schwanzfedern tritt bei ihnen nur ein weiches, allerdings voller Behang auf. Besonders die Hähne sind in dieser Beziehung unübertrefflich. Verfügt wird der plumpe Eindruck noch durch die starke Fußbedeckung. Ich kann hier gleich noch hervorheben, daß der einfache Ramm des Hahns nur halbhoch ist; bei der Henne ist er geradezu klein. Die Ohrschnecken sind bei beiden Geschlechtern rot.

Bei den schwarzen Zwerggallin verlangen die Züchter tiefschwarzes Gefieder mit grünem Glanz. Weiße oder auch nur weißliche Federn dürfen darin nicht vorkommen. Sogar der Flaum der Federn muß dunkel sein. Von dem Schnabel und den Beinen wird gefordert, daß sie gelb sind, wenn auch dunkle Beine schließlich den Rassewert nicht besonders heruntersetzen, solange die Fußhaken gelb sind. Außer den schwarzen Zwerggallin gibt es, wie schon gesagt, vor allem noch gelbe, dann aber auch weiße, rebbühnfarbige und seifeffe.

Vom Scharen sind die Zwerggallin kein großer Freund; sie leben so viel lieber, wenn sie das ihnen zulaufende Futter bequem zum Aufnehmen vorgeworfen bekommen. Sie sind ferner auf dem kleinsten Raume zu halten, wenn es ihnen nur nicht an Luft, Licht und Sonne fehlt. Ebenso ist es mit ihrer Schlafgelegenheit. Diese kann zwar klein und fast sein, aber Zulauf darf nicht herrschen.

Gute Kuchhühner sind die Zwerggallin. Ganz gleich welchen Farbenschlages, nicht.

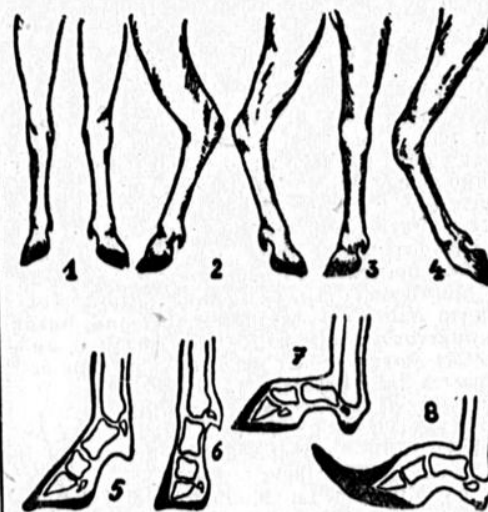
Sie legen aber immerhin vielleicht noch gerade soviel Eier, daß sie damit ihre Unterhaltungskosten wettmachen.

Fuß- und Beinfehler bei Riegen.

(Mit 8 Abb.)

(Nachdr. verb.)

Fuß- und Beinfehler kommen bei Riegen verhältnismäßig oft vor und können das Aussehen eines sonst schönen Tieres vollständig verderben. Ihre Entstehung kann sowohl durch äußerliche Ursachen als auch durch Konstitutions- und Ernährungsfehler verursacht sein. Eine große Rolle spielt auch die Vererbung. Die Riegen- und nachfolgende Seuchzeit haben bezüglich der Verbreitung der Bein- und Fußfehler eine verhängnisvolle Rolle gespielt, denn den Nachkommen der unterernährten oder durch die Seuche geschwächten Riegen haften der Keim zur Entstehung der genannten Fehler schon an.



1. Von hinten gesehen: Richtige Beinstellung; Kniebeuge Stellung;
2. Seitlich gesehen: Richtige Beinstellung; Kniebeuge Stellung;
3. Richtige Fußstellung;
4. Zu hohe, anstehende weiche Fesselung, Gefahr späterer Durchtrittigkeit;
5. Durchtrittiger Fuß mit sogen. Schnabelfuß und nachschneidend umgelegtem Horn unter dem Fuß. Die Knochen sind vollständig verlagert.

Die Beinfehler treten besonders stark an den Hinterbeinen auf und äußern sich einmal als sogenannte Kniebeuge und zum anderen als Kniebeuge. Den ersten Fehler erblickt man, wenn man hinter das Tier, den zweiten, wenn man neben dasselbe tritt. Manchmal treten beide Fehler zusammen auf, und ein damit behaftetes Tier bietet einen besonders traurigen Anblick, einmal wenn dann auch noch Durchtrittigkeit, die sogenannte Bärenstange, sich hinzugesellt. — Die Beinfehler können sein:

1. vererbt. Es ist nötig, alle mit diesen Fehlern behafteten Böcke und Riegen von der Zucht auszuschließen;
2. erworben durch ständigen Aufenthalt im Stalle, fortwährendes Angebundensein, zu hohe Rausen, unbeschnittene Klauen, mangelhaftes, besonders kaltes Futter, schwächende Krankheiten, als Altersschwäche. Es ist darum von größter Bedeutung, sowohl den Böcken als auch den Riegen freie Bewegung im Stalle zu verschaffen, die Klauen regelmäßig zu schneiden, gutes, nährstoffreiches Futter zu reichen, evtl. unter regelmäßiger Zufütterung von etwas gutem Futter, falk, und Krankheiten zu verhüten. Gegen den Eintritt von Beinfehlern als Altersschwäche kann natürlich nichts machen.

Die Fußfehler finden sich an den Vorder- und Hintergliedmaßen. Es sind: einmal zu hohe und zu weiche Fesseln, die dem Druck des Körpers auf die Dauer nicht widerstehen können, zum anderen die Durchtrittigkeit der Bärenstange, oft mit sogen. Schnabelfuß verbunden. Unter dem Fuß ist sehr oft das Horn nach innen oder außen übergewachsen, wovon man sich durch einen Blick unter den Fuß der Riege leicht überzeugen kann.

Die Fußfehler können sein:

1. vererbt. Dann verschwinden sie bei den Nachkommen nur durch scharfe Zuchtwahl;
2. erworben durch zu geringe Bewegungsvermögen (Riegen, die ständig auf kleinem Boden, an Abhängen usw. klettern und springen, bekommen starke Fesseln und wohlgebaute Füße, an denen sich das Horn selbst abnutzt), dauerndes Stehen im nassen Mist; zu hohe Rausen, durch vorhandene Kniebeuge, Kniebeuge und Durchtrittigkeit, Vernachlässigung des Klauenchnitts und endlich als Altersschwäche. Bein- und Fußfehler sind meist aus denselben Ursachen entstanden, und beide werden durch die oben angegebenen Maßnahmen verhindert.

Zusammenfassend kann man sagen: Bein- und Fußfehler sind nicht nur sehr unschön, sondern wirken, da sie vielfach Schmerzen verursachen, auch auf die Milchabsonderung schädigend ein, deshalb muß das Streben des Riegenzüchters auf ihre Beseitigung gerichtet sein, darum Aufsicht nur von fehlerfreien Eltern, Darreichung von reichlichem, kalthaltigem Futter, regelmäßiger Klauenpflege, vernünftige Stallhaltung und vor allem viel Bewegung in frischer Luft und Sonnenchein.



Die verborgene Hand

Kriminalroman von E. von der Gabel.

Unter dem Eingang war eine Bewegung entstan-

ein gräßlicher Schauer, — o, lassen Sie uns fort-

gehen von diesem grauenhaften Ort!

den: der Aufschrei, wie häufig ein solcher an dieser

zu, daß diese ihr kaum zu folgen vermochte.

Stätte wohl erlösen mochte, hatte die Anwesenden

ern Drud von Gerthas Seele. Ihre maßlose Furcht,

naturgemäß sich der Urfrage deselben zuwenden las-

welche sie hierher getrieben, war umsonst gewesen:

len; man mußte allerdings, abgeknüpft, klammerten sich

die Entdeckung, vor welcher der Schlag ihres Herzens

nicht im mindesten darum. Wenigstens ein Duzend

still gestanden, war ihr erpöret geblieben, aber et-

war Augen aber richteten sich forschend auf das junge

was anderes mußte sie jetzt mit Bestimmtheit. Keine

Mädchen, welches an der Seite einer älteren Dame eben

Bislon war es gewesen; sie hatte in Wirklichkeit ein

dem Antlitz, sich offenbar schwer auf den Arm ihrer

sehen erwartete, und sie mußte jetzt, daß Hans, ihr

bleiben war. Ihr Aufschrei galt unabweislich einer

Bruder, nicht fort, sondern noch hier war, in der

der Leiden, welche sie auf den ersten Blick erkannt

gleich Stadt mit ihr, — in der Nähe. Mit einem

hatte. Welcher? Die Frage interessierte die Anwesen-

Blid hatte sie auch den hoch angestrichelten Mann an

den natürlich ausfüllte.

seiner Seite erkannt, und mit Lingstüm drängte sich

vorübergehend. Langsam hoben sich jetzt ihre Lider und

ihre Blide wanderten mit fast angstvollem Ausdruck

der Richtung nach, welche sie zuerst genommen hatten.

Der Platz war leer. Hatte eine Vision sie getäuscht?

„Lassen Sie uns gehen,“ hauchte sie ihrer Begleiter-

rin zu, „ich erkläre Ihnen alles nachher.“

„Haben Sie die Leiche bereits gesehen?“ kam die

geflüsternte Antwort zurück. „Wo ist dieselbe? Ist es —“

Die Worte verfielen ihr. Das junge Mädchen schüt-

telte den Kopf und hielt aller Antwort ab. Sie die

ältere Dame in ihrer Richtung vorwärts, wo vor-

hin der Beamte und sein jugendlicher Begleiter ge-

standen hatten.

Der Raum, vor dem einsamen Toten war leer. Ein

ihm wildfremdes Gesicht flarrte dem Mädchen, das sich

Macht der Motive die Willensfreiheit des Menschen
leugnete und den Grundlag aufstellte, der Mensch folge
nicht in den höchsten Argumenten — ein Grundlag, der so-
wohl in den Religionskämpfen des 16. und 17. Jahrh.
wie auch später in der Philosophie eine erhebliche
Rolle spielte. Um seine Ansicht zu beweisen, operierte
Buridan mit folgendem Beispiel: Es sei angenommen,
daß ein hungriger Esel zwischen zwei ganz gleiche
Bündel Heu gestellt werde. Beide werden dann die
gleiche Anziehungskraft auf ihn ausüben, er wird sich
weder für das eine noch das andere entscheiden können
und wird endloslich verhungern. So Buridans Ar-
gument. Ein englischer Philosoph namens Hüllerton
verfugte im 19. Jahrhundert, Buridons Esel präf-
tisch zu erproben. Von zwei Bündeln Heu läßt sich
aber schwer sagen, ob sie ganz gleich sind; von Würfen
weiß man es besser. Und so wählte er zwei ganz gleiche
Weißwürfe, hing sie in einiger Entfernung voneinan-
der auf und führte einen Hund genau in die Mitte zwi-
schen den beiden Würfen. Was nun wohl geschah? Nun,
der Hund schritt tühn über alle Philosophentheorie
hinweg und — fraß die Würfe auf. Seitdem ist die Phi-
losophie um zwei hellere Maritäten bereichert: Burid-
dams Esel und Hüllertons Hund.

Die Beleidigung.

Am juristischen Sinne handelte es sich um eine Be-
leidigung. Aber in Wirklichkeit war es ein glänzender
Roman, ein wahres Genieprodukt an guten Einfällen.
In einem Ostseebad hatte ein Herr Sch. sich in die
Photographie eines Mädchens verliebt, eines Mädchens,
das schon längst wieder in der Heimat weilte. Er ermit-
telte ihre Adresse und es entspann sich zwischen dem
Berliner Sch. und der Frankfurterin E. eine rege Kor-
respondenz, die schließlich so weit gedieh, daß man
geradezu von einer Verlobung reden konnte.

Aber Sch. bekam, als Fräulein E. mitteilte, daß
sie nach Berlin kommen wolle, „Angst vor der eigenen
Courage.“ Man bindet sich schließlich nicht an seine
Frau, die man nur brieflich kennt. In seiner Verzweif-
lung griff Sch. zu einem nicht gerade sehr anständigen
wohl aber originellen Mittel.

Sch. hatte einen Freund, der zwar ein guter Kerl,
aber abfprechend häßlich war. Deffen Photographie
nahm der fleißige Briefschreiber, legte seinen eigenen
Namen darunter und landete sie keiner unbekannten
„Braut“ mit den Worten, sie möge ihm doch mitteilen,
ob ihr sein Aeußeres ebenso gut gefalle, wie seine Seele.
Die Braut antwortete nicht mehr. Das Aeußere hat
ihre durchaus nicht so gut gefallen, wie die Seele.

Hier sollte die Geschichte zu Ende sein. Aber das
Schicksal spann sie weiter. Es war tischig genug, im
riesengroßen Berlin eines Tages ausgerechnet das
Fräulein E. aus Frankfurt und den häßlichen Freund
des Herrn Sch. an einem gemeinsamen Kaffeetisch
sich zu lassen. Fräulein E. erkannte ihren vermeintli-
chen Briefschreiber, sah in seinen häßlichen Augen doch
ein anständiges Menschentum, ward ob ihres still-
schweigens von Neue ergriffen u. bat ihn um Verzei-
hung. Der häßliche Freund mußte nun freilich nichts
von der Sache, aber bald war alles erklärt, und sie
fanden sich in einer gemeinsamen Front wider Herrn
Sch., der den Freund beleidigt, das Mädel betrogen
hatte.

Aus der Beleidigung wurde eine Anklage. Aber
der Richter brachte eine vollständige Ausöhnung zu-
stande. Der häßliche Freund und das Fräulein E. hat-
ten sich inzwischen nämlich endgültig gefunden und
nun war es ja wirklich nicht mehr angebracht, den
Mann, der das Aufkande gebracht hatte, zu bestrafen.

Wer lacht mit?

Die richtige Antwort. „Sie sind auch Kriegsge-
lehrter? Wie sind Sie denn verwundet worden?“

„Granate.“

„Oh! Ist die explodiert?“

„Nein, sie kam angefahren und hat mich gebissen.“

Nur nichts Kalkes. „Heute gibt es Eisbein!“

„Höre mir auf mit dem ewigen Gefrierfleisch!“

Leist Zahlen sprechen

Am Jahr 1929 ertranken im Rhein 262 Personen,
davon die Hälfte im Juli; Die meisten Unglücke ta-
men auf der linken Rheinseite vor, hauptsächlich durch
Zusammenstoß mit 162 Säulen; Köln hatte nur 67. Das
weitestgehende Geschlecht hatte nur 8 Verurteile, den größten
Anteil, etwa 2 Drittel, stellten junge Männer unter
20 Jahren.

Rund 75 Milliarden RM. soll der gesamte Wert
der Stadt Newyork betragen, die innere City mit
den Wolkenkratzern wird nur auf 5 Milliarden RM.
geschätzt. Das Steinoblenborfommen in Deutschland (250
Milliarden t) wird auf etwa 1/30 des Weltvorkom-
mens geschätzt.

Auf der neuen Siemensbahn werden täglich etwa
40 000 Menschen zu ihrer Arbeitsstätte in Siemens-
stadt gebracht, 10 000 durch andere Verkehrsmittel. Die
Belegschaft beträgt 64 000 (vor dem Krieg 36 000).
In der Stahlindustrie sind in U.S.A. teilweise noch,
teilweise wieder lange Arbeitszeiten üblich. In rund
150 Betrieben mit einer Belegschaft von 250 000 ar-
beiteten 46 Prozent der Arbeiter täglich 8, 44 Prozent
10, 2 Prozent 11 und 7 Prozent 12 Stunden. Ueber
25 Prozent arbeiten 7 Tage in der Woche und etwa
ebensoviele 5—5,5 Tage. Die in der Regel in diesen
Tage, 72 Stunden wöchentlich ist die Regel in diesen
Betrieben.

Der Kohlenstamm aus der Ruhr soll wiedergewon-
nen werden, Man hat 1929 schon 250 000 t aus dem
Wasser geholt. Er soll großen Heizwert besitzen und
die jährlich anfallende Menge genügen, um ein Kraft-
werk von 100 Millionen kw. jährlicher Leistung zu
betreiben.

In 2 Stunden 5 Minuten machte ein Telegramm,
das von einer amerikanischen Zeitung aufgegeben wur-
de, zweimal den Weg um die Erde. Man wollte einen
neuen Rekord aufstellen.

Bei der Marburger Univerfikat haben sich bis heute
schon über 3500 Studierende, dabei über 1. Günstel
weibliche, gemeldet. Die Immatrikulationen finden aber
noch lange nicht statt.

Eine Gumbusart auf Seylon wächst an einem Tage
bis zu 90 cm. länger, das ist in 15 Minuten beinahe
1 cm. Man kann dieses Gras also machen sehen. Nicht
ganz so stark wächst eine Bernarde der Viktoria regia,
die zur Entmischung ihrer 1,5 m. großen, runden,
schwimmenden Blätter 9 Tage, also für 1 cm 1 Stunde
braucht.

Sinnprüche

Durch das, was wir betrugen und gute Sitte nen-
nen, soll das erreicht werden, was außerdem nur
durch Gewalt oder auch nicht einmal durch Gewalt zu
erreichen ist.

Ein leichtes Herz lebt lange.

Was Große tun, beschreiben gern die Kleinen.

Seiden und Schwäne ist die größte Kunst.

Alles ist fremdes Gut, die Zeit allein ist unser.

Die Gefahr erhöht den Mut.

Nur der erste Schritt kostet Ueberwindung.

Wer selbst sein Meister ist und sich beherrschen kann,
dem ist die weite Welt und alles untertan.

Nur zugefichten

Ein berühmter Esel und ein berühmter Hund.

Am 14. Jahrhundert lebte in Frankfurt ein Phi-
losoph namens Jean Buridan, der dadurch bekannt
geworden ist, daß er als erster unter Hinweis auf die

